



Vereinte Nationen

**Bericht des
Generalsekretärs über
die Tätigkeit der
Vereinten Nationen**

Generalversammlung
Offizielles Protokoll • Zweiundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/52/1)

Bericht des
Generalsekretärs über
die Tätigkeit der
Vereinten Nationen

Generalversammlung
Offizielles Protokoll • Zweiundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/52/1)



Vereinte Nationen • New York 1997

Inhalt

	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
I. Konturen einer neuen Ära	1 - 20	1
II. Steuerung des Wandlungsprozesses	21 - 166	5
A. Gute Staatsführung, Menschenrechte und Demokratisierung	22 - 41	5
B. Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und bestandfähige Entwicklung	42 - 61	7
C. Entwicklungsförderung	62 - 77	10
D. Vorbeugende Diplomatie, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Abrüstung	78 - 94	12
E. Humanitäre Maßnahmen	95 - 107	15
F. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit	108 - 129	17
G. Neue staatenübergreifende Bedrohungen	130 - 142	19
H. Rechtsangelegenheiten, Management und Kommunikation	143 - 166	21
III. Der künftige Weg	167 - 176	25

I

Konturen einer neuen Ära

1. Wir leben in einer Zeit der Neuorientierung. Auf internationaler wie auch nationaler Ebene sind fundamentale Kräfte am Werk, die die Muster der sozialen Organisation verändern, das Spannungsfeld von Möglichkeiten und Beschränkungen umgestalten, neue Bestrebungen entstehen lassen und neue Ängste hervorrufen. Wie in allen Übergangszeiten läßt sich auch heute ein angespanntes Nebeneinander ganz unterschiedlicher Manifestationen des menschlichen Dilemmas feststellen: die Globalisierung hat die ganze Welt erfaßt, während zugleich Fragmentierung und die kämpferische Betonung der eigenen Identität zunehmen; Zonen des Friedens werden ausgedehnt, während es immer häufiger zu Ausbrüchen schrecklicher Gewalt kommt; auf der einen Seite wird bisher nie dagewesener Reichtum geschaffen, doch bleiben gleichzeitig große Gebiete weitverbreiteter Armut bestehen; der Wille des Volkes und seine unverbrüchlichen Rechte werden gefeiert und dann wieder verletzt; Wissenschaft und Technologie erleichtern das menschliche Dasein, während ihre Nebenprodukte gleichzeitig die lebenerhaltenden Systeme unseres Planeten bedrohen.

2. Politischer Wille vermag es durchaus, in dieser Übergangszeit sein Gewicht so in die Waagschale zu werfen, daß letztlich ein sichererer und berechenbarer Frieden, größeres wirtschaftliches Wohlergehen, soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit erreicht werden. Kein Land kann diese Menschheitsgüter jedoch auf sich allein gestellt verwirklichen, ebenso wie keine Nation sich den Risiken und den Kosten entziehen kann, die entstehen, wenn sie nicht erreicht werden. Die multilaterale Diplomatie wurde erfunden und wird auch heute noch gepflegt, weil die Politiker und die Menschen, die sie vertreten, diese einfache Tatsache erkannt haben. In der Tat geht es bei dem Projekt der internationalen Organisation im zwanzigsten Jahrhundert ja um die Frage, wie nationale Interessen und Präferenzen zeitlich und räumlich so erweitert werden können, daß die Allgemeingüter, von denen der politische Markt zwischenstaatlichen Verhaltens ansonsten zu wenig produzieren würde, in größerer Menge hervorgebracht werden. Die Vereinten Nationen, deren Mitglieder fast alle Staaten der Welt sind, die ferner über ein umfassendes Mandat und einen Tätigkeitsbereich verfügen, der von der Normsetzung bis hin zu operativen Aktivitäten reicht, und die mit ihren Institutionen weltweit, regional und in einzelnen Ländern präsent sind, können und sollten im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehen.

3. Am 17. Dezember 1996 erwiesen mir die Mitgliedstaaten die große Ehre, mich zum siebenten Generalsekretär der Vereinten Nationen zu wählen. Seit meinem Amtsantritt hatte ich vor allem anderen das folgende Ziel: größere Geschlossenheit in der Zielverfolgung, ein kohärenteres Vorgehen und ein rascheres Agieren der gesamten Organisation zu erreichen,

damit sie wirksamer dazu beitragen kann, den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Jede einzelne der Organisationseinheiten, die zusammen die Vereinten Nationen bilden, hat mit Anpassungen auf die epochalen Umwälzungen des letzten Jahrzehnts reagiert; die im vergangenen Jahr dabei erzielten Fortschritte sind in diesem Bericht zusammengefaßt. In weiterer Folge muß die Organisation jedoch lernen, von dem großen Potential institutioneller Stärke, über das sie verfügt, ungleich besseren Gebrauch zu machen, nämlich von den vielen Komplementaritäten und Synergien, die innerhalb der Organisation vorhanden sind. Bei der Konzipierung des umfassenden Reformpakets, das ich der Generalversammlung am 16. Juli 1997 vorgelegt habe und mit dem sich die Versammlung auf ihrer laufenden Tagung befassen wird, stand dieses Ziel im Vordergrund.

4. Der vorliegende – mein erster – Jahresbericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen gliedert sich wie folgt. Der Rest der Einleitung ist einer kurzen Darstellung einiger der maßgeblichsten Kräfte gewidmet, die die Welt, in der die Vereinten Nationen agieren, und somit auch ihre Tagesordnung verändern. Kapitel II gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahr, wobei nach Themenbereichen geordnet aufgezeigt wird, wie die verschiedenen Programmbereiche bemüht waren, auf diese Kräfte zu reagieren und sie im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und entsprechend den von den Mitgliedstaaten gesetzten Programmschwerpunkten zu steuern. Kapitel III enthält einige meiner allgemeinen Überlegungen zur Tätigkeit der Organisation und meine Ausführungen darüber, wie und warum meine Vorschläge zur institutionellen Reform einen notwendigen nächsten Schritt darstellen, der gewährleisten soll, daß die Organisation an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts, ja sogar Jahrtausends, auch weiterhin ein leistungsfähiges und wirksames Instrument der internationalen Zusammenarbeit bleibt.

* * *

5. Die verschiedenen Nachwirkungen des Endes des Kalten Krieges sind auch heute, fast ein Jahrzehnt später, noch in der Welt spürbar. Das Ende der Rivalitäten und der militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten löste in und zwischen Staaten eine ganze Reihe von schrittweisen Veränderungen aus. Gleichzeitig hat die internationale Gemeinschaft weiter mit den Altlasten des Zusammenbruchs der Bipolarität zu kämpfen. Als tragische Beispiele seien hier die interethnischen Konflikte nach dem Auseinanderbrechen mehrerer Vielvölkerstaaten, ob in Zentralasien oder im ehemaligen Jugoslawien, genannt. Einige der früheren Schauplätze von Stellvertreterkriegen während des Kalten Krieges in Asien und

Afrika werden noch immer von Instabilität erschüttert. Staaten,

deren Zusammenhalt durch ihre vermeintliche strategische Nützlichkeit für die eine oder die andere Seite gesichert war, mußten in einigen Fällen in der Folge dafür schwer bezahlen, wie dies beispielsweise zu Beginn dieses Jahrzehnts am Horn von Afrika der Fall war und in jüngerer Zeit beim ehemaligen Zaire. Es bedarf der Unterstützung aller Staaten, insbesondere derjenigen, die im Kalten Krieg eine führende Rolle gespielt haben, damit die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verzerrungen, die davon noch zurückgeblieben sind, beseitigt werden.

6. Eine zweite grundlegende Kraft, die die heutige Welt neugestaltet, ist die Globalisierung; sie ist möglicherweise die tiefgreifendste Ursache internationalen Wandels, seit die industrielle Revolution den Außenhandel zu einer normalen Erscheinung des internationalen Lebens machte. Seit den sechziger Jahren ist es mit der teilweisen Aufhebung der Kontrolle von Kapitalbewegungen und dem Entstehen multinationaler Industrieunternehmen zu einer zunehmenden Integration der Finanzmärkte gekommen, während die Produktion von Gütern und Dienstleistungen transnational erfolgt. Zum Teil läßt sich diese Entwicklung in Zahlen veranschaulichen: die internationalen Finanzströme überragen den Welthandel im Verhältnis 60:1, während der Welthandel wiederum um mehr als 5 Prozent pro Jahr schneller wächst als das Weltbruttosozialprodukt. Die Entwicklung läßt sich aber auch an der Organisation dieser Ströme ablesen: sie finden auf Märkten statt, die de facto zu Binnenmärkten geworden sind, und innerhalb von Unternehmen oder zwischen Partnern, die die Welt synoptisch als einen Binnenmarkt behandeln.

7. Die Globalisierung und die ihr zugrundeliegende Liberalisierung haben eine lange Periode wirtschaftlicher Expansion ermöglicht und die rascheste Neugestaltung der internationalen wirtschaftsgeographischen Landkarte bewirkt, die je stattgefunden hat. In den Industrieländern herrscht in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß Wohlstand und ein hoher Lebensstandard. Daneben sind einige Länder, die noch vor einer Generation mit Armut zu kämpfen hatten, inzwischen selbst zu wirtschaftlichen Wachstumszentren geworden. Im Laufe der nächsten Generation wird die Mehrzahl der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in jenem Teil der Welt zu finden sein, der heute den Entwicklungsländern zugerechnet wird.

8. Die Globalisierung ist jedoch auch mit zahlreichen politischen Herausforderungen verbunden, wie beispielsweise den inhärenten Risiken von Märkten, in denen es an den wesentlichen aufsichtsrechtlichen Vorschriften fehlt, was in gewisser Hinsicht auf die internationalen Finanzmärkte zutrifft. Die Globalisierung beeinträchtigt außerdem die Wirksamkeit einiger wirtschaftspolitischer Instrumente, mit denen die Industrieländer in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für Vollbeschäftigung und soziale Stabilität gesorgt hatten. Bislang gibt es noch keinen Konsens darüber, was an die Stelle des neokeynesianischen Kompromisses treten soll, der die politische Ökonomie des Spätkapitalismus beherrschte, doch wäre es töricht anzunehmen, daß die Öffentlichkeit in den Industrieländern bereit wäre, einfach zu einer Zeit ungezügelter Marktkräfte zurückzukehren.

9. Die Entwicklungsländer sehen sich noch weiteren politischen Herausforderungen gegenüber. Erstens kommen die Vorteile der Globalisierung erst einer relativ geringen Anzahl von ihnen zugute. Etwa 40 Prozent der den Entwicklungsländern zufließenden ausländischen Direktinvestitionen entfallen allein auf China; Ostasien insgesamt absorbiert nahezu zwei Drittel. Im Gegensatz dazu erhält Afrika nur magere 4 Prozent, während gleichzeitig die öffentliche Entwicklungshilfe zurückgegangen ist. Unter den Ländern, an denen die globalen Kapitalströme vorbeifließen, sind auch diejenigen, in denen sich die Armut am hartnäckigsten hält. Wie in dem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen herausgegebenen *Bericht über die menschliche Entwicklung 1997* dargelegt wird, ist der Mangel an globalen Finanzmitteln kein Hindernis für die Beseitigung der extremen Armut. Wachstumsfördernde Politiken auf nationaler Ebene in Verbindung mit gezielter Auslandshilfe können derzeit noch marginalisierte Länder in die Lage versetzen, aktive Mitwirkende an der Weltwirtschaft zu werden. Meines Erachtens besteht eine der Kernaufgaben der Vereinten Nationen darin, zur Erleichterung ihres erfolgreichen Übergangs beizutragen.
10. Darüber hinaus sehen sich die Entwicklungsländer in der schwierigen Lage, daß sie ihren Staatsapparat in mehreren Richtungen gleichzeitig umstrukturieren müssen. Die sich zunehmend durchsetzende Erkenntnis, daß es nicht der Staat selbst ist, der Reichtum schafft, hat zu weitreichender Privatisierung und Deregulierung geführt. Selbst in den marktorientierten Entwicklungsländern kommt dem Staat eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einer bestandfähigen Entwicklung förderlich sind. Der *Weltentwicklungsbericht 1997* der Weltbank zeigt systematisch, wie entscheidend ein wirksamer Staat in dieser Hinsicht ist, was seit einiger Zeit durch die sogenannten Schwellenländer veranschaulicht wird. Die Suche nach dem entsprechenden Gleichgewicht, insbesondere in Fällen, in denen die Bürgergesellschaft schwach und die transnationalen Kräfte übermächtig sind, stellt jedoch eine äußerst komplexe Aufgabe dar. Verschiedene Programme der Vereinten Nationen für "gute Staatsführung" sollen den einzelnen Regierungen dabei behilflich sein, jenes Gleichgewicht zu finden, das ihren Bedürfnissen am ehesten entspricht.
11. Drittens ist eine Grundlage der Globalisierung, die diese auch in Gang hält, eine für sich selbst bemerkenswerte Revolution auf dem Gebiet der Informationstechnologie, insbesondere bei der Integration von zunehmend leistungsfähigen Rechnern mit Telekommunikationssystemen, die ein hohes Volumen an qualitativ hochwertiger Sprachkommunikation und Datenübertragungen in Echtzeit ermöglichen. Das Wort "global" bezieht sich eigentlich weniger auf einen Ort als auf einen durch elektronische Ströme definierten Raum und auf eine Geisteshaltung. So gesehen sind die Weltwährungsmärkte am globalsten, und in ähnlicher Weise ist auch die sogenannte "globale Fabrik" auf eine solche elektronische Infrastruktur angewiesen.
12. Am stärksten hat sich die Informationsrevolution in den Industrieländern entfaltet, doch eröffnet sie auch den Entwicklungsländern enorme Möglichkeiten. In der verarbeitenden Industrie und in zahlreichen Dienstleistungsbetrieben vermindert sie Schwierigkeiten, die sich aufgrund der räumlichen Entfernung ergeben, und bietet neue Instrumente in Form von administrativen Kapazitäten, Fernunterricht, Telemedizin, für

die wirksamere Verwaltung von Mikrokreditsystemen, die Agrarproduktion sowie für eine Vielzahl weiterer Anwendungen. Es sollten umfassende Anstrengungen unternommen werden, um die Entwicklungsländer beim verstärkten Erwerb und Gebrauch von Informationstechnologien zu unterstützen.

13. Die vermehrte weltweite Interdependenz im Umweltbereich ist eine vierte Kraft, die Veränderungen hervorruft. Auf der 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung hat sich die internationale Gemeinschaft den Gedanken einer bestandfähigen Entwicklung zu eigen gemacht, als den Schlüssel, der es gestattet, den von allen gewollten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und die Erhaltung der Ökosysteme unseres Planeten, von denen alle abhängen, miteinander in Einklang zu bringen. Viele dieser Systeme sind jedoch einer zunehmenden Belastung ausgesetzt, mit schädlichen Folgen, angefangen von den örtlich begrenzten Zerstörungen, die durch die Abholzung verursachte Sturzfluten anrichten, bis hin zu der langsameren, sich jedoch weltweit auswirkenden Erwärmung der Atmosphäre infolge der zunehmenden Emissionen von Treibhausgasen. Wie sich jedoch auf dem im Juni 1997 am Amtssitz der Vereinten Nationen abgehaltenen "Rio + 5"-Gipfel gezeigt hat, waren die seit Rio erzielten Fortschritte enttäuschend, sei es, was die Erreichung der Zielwerte zur Eindämmung der Umweltzerstörung oder was die Gewährung technologischer und finanzieller Hilfe an die Entwicklungsländer betrifft. Wir hoffen, daß die Ende dieses Jahres in Kyoto stattfindende Tagung der VN-Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen vielversprechendere Ergebnisse zeitigen wird.

14. Eine fünfte grundlegende Veränderung in der Welt von heute ist die deutliche Ausweitung der Zivilgesellschaft über Staatsgrenzen hinaus, was wiederum erst durch ein Zusammenwirken politischer und technologischer Veränderungen möglich wurde. Diese Entwicklung ist für die Vereinten Nationen von großer Bedeutung. Das private Investitionskapital übersteigt die zur Verfügung stehende öffentliche Entwicklungshilfe um ein Sechsfaches und muß noch stärker für Entwicklungszwecke erschlossen werden. In den letzten Jahren haben die Vereinten Nationen festgestellt, daß ein Großteil ihrer Arbeit auf Landesebene, sei es im Bereich der humanitären Fragen, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der öffentlichen Gesundheit oder der Förderung der Menschenrechte aufs engste mit dem vielfältigen und engagierten Wirken nichtstaatlicher Organisationen und Gruppierungen verknüpft ist. Angesichts dieser zunehmenden Anzeichen für die Herausbildung einer immer robusteren globalen Zivilgesellschaft rüsten sich die Vereinten Nationen nunmehr dafür, mit dieser Zivilgesellschaft in Beziehung zu treten und sie zu einem echten Partner bei ihrer Arbeit werden zu lassen. Im Zuge meiner Reformvorschläge habe ich alle Stellen der Vereinten Nationen nachdrücklich aufgefordert, gegenüber den in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft aufgeschlossen zu sein und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten sowie vermehrte Konsultationen und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und diesen Organisationen zu erleichtern.

15. Sechstens, und eng damit verbunden, läßt sich ein zunehmender Trend zur Demokratisierung und zur Achtung der

Menschenrechte beobachten. In allen Teilen der Welt schränken Länder freiwillig die willkürliche Macht staatlicher Stellen und damit auch den Mißbrauch dieser Macht ein und reduzieren somit die sozialen und wirtschaftlichen Kosten, die dadurch verursacht werden. Etwa 120 Länder halten inzwischen freie und faire Wahlen ab, ein historischer Höchststand. Der soziale, wirtschaftliche und politische Nutzen, der daraus erwächst, wenn Herrschaftssysteme auf den Prinzipien menschlicher Würde und des Willens des Volkes gründen, schlägt sich in Frieden und Wohlstand in dem betreffenden Staat wie auch in der Region nieder, wengleich der Übergang zur Demokratie selbst oft nur schleppend vorangeht und gelegentlich mit Schwierigkeiten verbunden ist.

16. Dieselben technologischen Möglichkeiten, die die Globalisierung und die Ausweitung der Zivilgesellschaft über die Staatsgrenzen hinaus begünstigen, liefern auch die Infrastruktur für die Ausdehnung der globalen Netzwerke der "unzivilen Gesellschaft" – der organisierten Kriminalität, der Drogenhändler, Geldwäscher und Terroristen. Diese parasitischen Elemente bilden einen siebenten Faktor, der die heutige internationale Agenda beeinflußt. Sie korrumpieren die lokale und in einigen Fällen die staatliche Politik, untergraben das Justizwesen und stellen selbst in den mächtigsten Staaten ein Sicherheitsrisiko dar. Ich habe darauf rasch reagiert, indem ich sämtliche Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung dieser Elemente in einem profilierten Büro in Wien zusammengefaßt habe. Um sie in den Griff zu bekommen, muß jedoch mit doppelter Entschlossenheit vorgegangen werden, was neue Partnerschaften zwischen nationalen und internationalen Stellen voraussetzt.

17. Schließlich, was etwas paradox erscheinen mag, gehen diese Integrationstendenzen mit einem gleichzeitigen Trend zur Fragmentierung einher. In einigen Fällen ist das, was wie Fragmentierung aussieht, im Grunde nur ein Schritt auf dem Weg zur Dezentralisierung in der Entscheidungsfindung und der Verwaltung, getragen von dem Wunsch, größere Leistungsfähigkeit, Wirksamkeit und Rechenschaftspflicht herbeizuführen, und gibt somit nicht zu Besorgnis Anlaß. In anderen Fällen war die Fragmentierung, wie eingangs festgestellt, ein Nebenprodukt des Zusammenbruchs der Bipolarität und hat Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Volksgruppen zur Folge gehabt. Auch die Globalisierung im Wirtschaftsbereich hat zu Fragmentierung geführt, da die Marktkräfte bodenständige Kulturwerte untergraben können und dies oft auch tun. In der Tat führt die durch grundlegende Veränderungen hervorgerufene weitreichende Ungewißheit und Verunsicherung häufig zu vermehrten Bestrebungen, die kollektive Identität neu zu definieren und zu behaupten.

18. Im günstigsten Fall vermittelt eine Identitätspolitik ein starkes Gefühl gesellschaftlicher Zusammengehörigkeit und staatsbürgerlichen Stolzes, was der wirtschaftlichen Entwicklung und der friedlichen Regelung von Streitigkeiten im In- und Ausland zuträglich ist. Im ungünstigsten Fall führt eine Identitätspolitik jedoch zur Verunglimpfung "des anderen", gleichviel ob es sich bei dem anderen um eine andere ethnische oder Stammesgruppe, eine andere Religion oder eine andere Nationalität handelt.

19. Diese partikularistische und ausgrenzende Form der Identitätspolitik hat sich in den letzten Jahren in und zwischen

den Ländern verschärft. Sie ist an einigen der ungeheuerlichsten Verletzungen des humanitären Völkerrechts und in etlichen Fällen elementarer Normen der Menschlichkeit schuld, wie Völkermordhandlungen, gezielte Angriffe der Kombattanten von Bürgerkriegsparteien auf die Zivilbevölkerung (oft Frauen und Kinder), Vergewaltigung als bewußtes Mittel organisierten Terrors sowie Überfälle auf Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen und -missionen. Die negativen Erscheinungsformen der Identitätspolitik stellen eine mächtige und potentiell explosive Kraft dar. Es muß sorgfältig darauf geachtet werden, sie zu erkennen, ihnen entgegenzutreten und sie zu zügeln, damit sie nicht die Aussichten auf Frieden und Fortschritt zunichte machen, die uns die neue Ära verheißt.

20. Übergangszeiten können verwirrende Zeiten sein. Der politische Entscheidungsfindungsprozeß kann sich leicht in den Fußangeln des Übergangs verfangen und in eine momentane Diskontinuität verstricken, in der ein falscher Schritt gravierende langfristige Folgen haben kann. Die internationale Gemeinschaft ist es sich und den kommenden Generationen schuldig, die verfügbaren multilateralen Mechanismen zu stärken, unter denen die Vereinten Nationen ein einzigartiges Instrument für konzertierte Maßnahmen darstellen, um so mit Erfolg die allseitigen Vorteile des Wandels zu nutzen, gleichzeitig aber auch seine nachteiligen Auswirkungen in den Griff zu bekommen. Wenn die Mitgliedstaaten die Reformvorschläge beschließen, die ich der Generalversammlung im Juli vorgelegt habe, werden die Vereinten Nationen besser dafür gerüstet sein, ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderung beizutragen.

II

Steuerung des Wandlungsprozesses

21. Im gesamten Verlauf der neunziger Jahre haben alle Teile der Vereinten Nationen unablässig ihre Strategien und Programme dem neuen, noch im Fluß befindlichen internationalen Kontext angepaßt, mit dem Ziel, den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten gerecht zu werden und diese vorwegzunehmen. Im Anschluß erfolgt eine thematische Übersicht über das, was im vergangenen Jahr in den Haupttätigkeitsbereichen erreicht wurde.

A. Gute Staatsführung, Menschenrechte und Demokratisierung

22. In immer breiterem Maße wird anerkannt, daß eine gute Staatsführung ein unverzichtbarer Baustein zur Verwirklichung der Ziele der bestandfähigen Entwicklung, des Wohlstandes und des Friedens ist. Kein Land gleicht in dieser Hinsicht dem anderen. Ganz allgemein und unter gebührender Berücksichtigung kultureller Unterschiede umschließt eine gute Staatsführung indessen Rechtsstaatlichkeit, wirksame staatliche Institutionen, Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, Achtung vor den Menschenrechten und die sinnvolle Teilhabe aller Bürger an dem politischen Prozeß ihres Landes und an den Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken.

* * *

23. Auf ihrer wiederaufgenommenen fünfzigsten Tagung im Jahr 1996 befaßte sich die Generalversammlung mit der Frage, wie die Institutionen des öffentlichen Sektors in Anbetracht der neuen globalen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die zum Teil oben bereits angesprochen wurden, neu definiert und soweit erforderlich umgestaltet werden können. Das Sekretariat sowie die Programme und Fonds der Vereinten Nationen sind inzwischen bereits dazu übergegangen, zahlreichen Entwicklungsländern sowie Ländern in Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten umfassende Hilfe auf dem Gebiet der guten Staatsführung zu gewähren. Diese Hilfe nimmt die Form von Analysen, diagnostischer Forschung, Bedarfsbewertungen, grundsatzpolitischer Beratung, technischer Hilfe und Beratenden Diensten an. Die Unterstützung erfolgt mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit bestimmter Institutionen wie der Rechtsprechung, der Parlamente und der Wahlgremien zu stärken, sowie zugunsten bestimmter Sektoren, so auch im Hinblick auf die Finanzverwaltung des öffentlichen Sektors, auf Privatisierungsbemühungen, Informationstechnologie, die Reform des öffentlichen Dienstes und die Stärkung der Organisationen der Zivilgesellschaft.

24. So widmet, in der Überzeugung, daß dauerhafte Prosperität und Stabilität ohne eine gute Staatsführung nicht realisierbar sind, etwa das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) diesem Schwerpunktbereich immer umfangreichere Mittel, nämlich inzwischen bereits mehr als ein Drittel aller seiner veranschlagten Mittel. Im Juli 1997 veranstaltete das Entwicklungsprogramm die erste Internationale Konferenz über gute Staatsführung im Dienste eines bestandfähigen Wachstums und der Gerechtigkeit, zu der gewählte Amtsträger, Richter und Repräsentanten der Bevölkerung aus über 100 Ländern am Amtssitz der Vereinten Nationen zusammenkamen. Dem Umstand Rechnung tragend, daß einzelstaatliche Regierungen zunehmend auf örtliche Behörden zurückgreifen, stellt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) mehr und mehr darauf ab, örtliche Kapazitäten zu stärken und die Einbeziehung der Gemeinwesen zu fördern. Auch der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) unterhält ein der guten Staatsführung gewidmetes Programm, in dessen Rahmen er Strategien zur Machtgleichstellung der Frau und zur konsequenten Berücksichtigung eines geschlechtsspezifischen Ansatzes fördert. So haben Kandidatinnen für öffentliche Ämter mit Hilfe der vom UNIFEM gewährten Unterstützung für die politische Teilhabe der Frau in Afrika gelernt, wie wirksame Wahlkampagnen und Medienstrategien zu gestalten sind. Ebenso hat auch die Abteilung Wahlhilfe der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten Ausbildungsprogramme für Frauen als Wählerinnen wie auch als Wahlhelferinnen und Kandidatinnen unterstützt.

25. Die Zeit nach dem Ende von Konflikten bringt besondere Bedürfnisse mit sich. Wir sind der Auffassung, daß Maßnahmen zur Stärkung der Kapazität zur guten Staatsführung mit nationalen und internationalen Nothilfemaßnahmen auf das engste verbunden sein müssen und daß sie so früh wie möglich einsetzen sollten. Eine erfolgreiche Überwindung der konfliktbedingten Verwerfungen wird dadurch unterstützt, daß man rasch dazu übergeht, den umfassenden Herausforderungen der Entwicklung Genüge zu tun, und daß angemessene rechtliche Rahmenbedingungen, eine funktionierende Rechtsprechung, Systeme zur Rechtsdurchsetzung, ein stabiles soziales und politisches Umfeld und wirtschaftliche Chancen geschaffen werden.

26. Die Erweiterung und Verbesserung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen Entwicklungsländern ist von wachsender Bedeutung. Das Sekretariat der Vereinten Nationen wird diesen Prozeß seiner Funktion als Clearingstelle für Informationen und Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung erleichtern. Da Ressourcen wie das Internet und das World Wide Web in zunehmendem Maße weltweit verfügbar sind, kann leichter auf eine Vielzahl von

Quellen für Informationen und Fachwissen zugegriffen werden,

während problemlos neue, produktive Verbindungen zu den Regionalkommissionen, zu Berufsorganisationen und nicht-staatlichen Organisationen hergestellt und Vernetzungen mit diesen geschaffen werden können.

* * *

27. Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen erklärt die Förderung der Achtung vor den Menschenrechten zu einem der wichtigsten Ziele der Vereinten Nationen. In den letzten Jahren wurden die Menschenrechte immer mehr auch als fester Bestandteil einer guten Staatsführung gesehen.

28. Die zentralen VN-Aktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte erhielten nach der Verabschiedung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Wien durch die 1993 abgehaltene Weltkonferenz über Menschenrechte neuen Auftrieb. In der davorliegenden Zeit hatte sich die Tätigkeit überwiegend auf die Normsetzung und die formelle Annahme von Normen auf einzelstaatlicher Ebene konzentriert. Durch die Wiener Erklärung wurden die Menschenrechte in den Kontext der Entwicklung und der Demokratie gerückt und gleichzeitig ihre Universalität bekräftigt. Dadurch sowie auch durch die Schaffung des Amtes des Hohen VN-Kommissars für Menschenrechte ist es möglich geworden, in praktischer wie auch in grundsätzlicher Hinsicht aus einer wahrhaft globalen Perspektive heraus an die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Menschenrechte heranzugehen.

29. In diesem Jahr haben die Vereinten Nationen eine umfassende Neustrukturierung des Menschenrechtssekretariats in Genf vorgenommen. In meinen Reformplänen vom Juli dieses Jahres bin ich noch weiter gegangen und habe das Amt des Hohen Kommissars und das Zentrum für Menschenrechte zusammengelegt und so bei den Arbeitsschwerpunkten wie auch bei den Aktivitäten für Kohäsion und Kohärenz Sorge getragen. Ich freue mich außerordentlich, daß die Präsidentin Irlands, Mary Robinson, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte übernimmt, und ich weiß, daß sie sich unermüdlich und mit großem Einfühlungsvermögen für die Sache der universalen Menschenrechte einsetzen wird.

30. Im vergangenen Jahr war eine drastische Steigerung der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Schaffung einzelstaatlicher Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte zu verzeichnen. Ziel dieser Institutionen ist es, dem einzelnen größeren Schutz zu gewähren, indem sie ihm im Falle von Menschenrechtsverletzungen den Zugang zu Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnen, so auch in Situationen, in denen herkömmlichere Schutzeinrichtungen, wie etwa die Gerichte, nicht vorhanden sind, nicht wirksam funktionieren oder aus anderen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können. Derzeit laufen etwa 15 Projekte zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in diesem Bereich. Weitere Projekte zielen darauf ab, regionale Abmachungen zu unterstützen, wie etwa die Afrikanische Kommission für die Rechte der Menschen und der Völker. Diese Aktivitäten werden im allgemeinen in Zusammenarbeit mit anderen VN-Stellen, wie etwa dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, durchgeführt und gehen Hand in Hand mit deren Maßnahmen zur Förderung

einer guten Staatsführung und einer bestandfähigen Entwicklung.

31. Auch bei Feldeinsätzen hat der Anteil der Menschenrechtsaktivitäten deutlich zugenommen, was unmittelbar auf entsprechende Beschlüsse des Sicherheitsrats zurückzuführen ist. Je nach den Erfordernissen der Situation verbinden diese Aktivitäten die Überwachung von Menschenrechtsverletzungen mit Aufklärung, Ausbildung und anderen Beratenden Diensten sowie vertrauensbildenden Maßnahmen. Derzeit existieren solche Einsätze in Abchasien/Georgien, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Gaza, Guatemala, Haiti, dem ehemaligen Jugoslawien, Kambodscha, Kolumbien, Malawi, der Mongolei und Ruanda.

32. Das Menschenrechtsprogramm setzt sich nach wie vor mit Verletzungen der Menschenrechte auseinander. Die Maßnahmen der Vereinten Nationen richten sich auch weiterhin primär gegen Bedrohungen des Rechts auf Leben und der körperlichen Unversehrtheit, namentlich außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen, und gegen Bedrohungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Bewegungsfreiheit sowie der Freiheit von willkürlicher Festnahme und gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit der Richterschaft. Der Umstand, daß nach wie vor solche Verletzungen verübt werden, hat uns dazu veranlaßt, mit unserer Arbeit gezielter in jenen kritischen Bereichen anzusetzen, in denen sie sich ereignen. Dementsprechend wurden den Regierungen Beratende Dienste und technische Hilfe zur Stärkung der Gerichtsbarkeit, zur Ausbildung ihrer Polizeibeamten und zur Unterstützung von Gesetzesreformen bereitgestellt. Ausbildungsprogramme für die Justizverwaltung und Beratende Dienste für Gesetzesreformen in Verbindung mit Unterstützung für die Schaffung einzelstaatlicher Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte machen heute über 80 Prozent der Beratungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte aus.

33. Bis Juli 1997 waren 191 Staaten Vertragsparteien der Konvention über die Rechte des Kindes geworden. Damit ist sichergestellt, daß die überwiegende Mehrzahl der Kinder nunmehr Bürger von Ländern sind, die sich rechtsverbindlich dazu verpflichtet haben, ihre Menschenrechte zu fördern und zu schützen. Dennoch sind solche Praktiken wie Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie nach wie vor fortbestehende, ernste Problembereiche, mit denen eine Sonderberichterstatterin befaßt ist. Die Umsetzung des vor kurzem vom Hohen Kommissar erarbeiteten Aktionsplans für die Rechte des Kindes stellt einen wesentlichen nächsten Schritt dar.

34. Laut dem UNICEF-Bericht *The Progress of Nations* (Der Fortschritt der Nationen) von 1997 ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen die am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung der heutigen Zeit. Sie manifestiert sich völlig unabhängig von den Unterscheidungen zwischen den Ländern, wie sie herkömmlicherweise etwa auf der Grundlage von Faktoren wie dem Volkseinkommen getroffen werden. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) hat ein weltweites Programm für die Menschenrechte der Frau erarbeitet, dessen Ziel es ist, die konsequente Berücksichtigung der Frauenrechte zu gewährleisten, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und zu beseitigen und die Kenntnis der Frauen von

ihren Menschenrechten sowie die Geltendmachung dieser Rechte zu stärken. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Sicherung der Ratifikation des Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das die Charta der Grundrechte der Frau darstellt, durch alle Staaten.

35. In einem verwandten Bereich vertritt und unterstützt der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) im Rahmen seiner Länderprogramme international vereinbarte Ziele betreffend reproduktive Rechte, sexuelle Beziehungen und Schwangerschaft. Der Fonds hat im vergangenen Jahr eine Vielfalt von Medien- und sonstigen Aufklärungskampagnen finanziell gefördert. Er hat außerdem einen Rahmen für die Aufstellung von Programmen zur Abschaffung der weiblichen Beschneidung erarbeitet, der in einem gemeinwesengestützten Programm zur Förderung dieses Ziels in Uganda bereits erfolgreich umgesetzt worden ist.

36. Im Jahre 1998 begehen wir den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, und die Generalversammlung wird eine Bilanz der bei der Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Wien erzielten Fortschritte ziehen. Die Einsetzung eines neuen Hohen Kommissars 1997 und die Erstellung des mittelfristigen Plans für 1998-2001 sind weitere Faktoren, die mit dazu beitragen, daß in unserer Zeit die Unabdingbarkeit der Menschenrechte für die Förderung von Frieden, Sicherheit, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit universale Akzeptanz findet.

* * *

37. Seit geraumer Zeit bereits ist ein immer schneller vorschreitender Trend zur Demokratisierung zu verzeichnen. In Lateinamerika und der Karibik werden die demokratischen Prozesse gestärkt. Auch in Afrika wurden deutliche Fortschritte erzielt. Wie ich in meiner Rede vor der Jahresversammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit im Juni festgestellt habe, ist die Auffassung, daß Militärputsche gegen demokratisch gewählte Regierungen durch selbsternannte Juntas nicht hingenommen werden können, anerkannte Norm geworden. Wie die Beispiele Äthiopiens, Eritreas, Ghanas, Malis und Südafrikas zeigen, ist Afrika zur Zeit außerdem dabei, neue Verfassungsformeln und Regierungsformen in Vielvölkerstaaten zu erproben.

38. Die Bedeutung, die die Mitgliedstaaten der Demokratisierung beimessen, kommt in den zahlreichen bei den Vereinten Nationen eingehenden Anträgen auf Wahlhilfe zum Ausdruck – nicht weniger als 80 in den letzten fünf Jahren. Mit der von ihnen gewährten Wahlhilfe sind die Vereinten Nationen in erster Linie bestrebt, die internationalen Beobachter effektiver in die Lage zu versetzen, ein Urteil zu der Legitimität des Wahlvorgangs und des Wahlergebnisses abzugeben und im Dialog mit den Regierungen, den politischen Parteien und der Bürgergesellschaft Änderungen der Grundsatzpolitik vorzuschlagen, soweit sie die Wahlen betrifft. Diese Form der Unterstützung wurde der internationalen Wahlbeobachtung bei den vor kurzem abgehaltenen Wahlen in Algerien, Ghana, Jemen, Madagaskar und Mali zuteil. In Anerkennung der Notwendigkeit, die Bestandfähigkeit der örtlichen demokratischen Institutionen zu fördern, legen die Vereinten Nationen

außerdem Gewicht darauf, im Wege von Verfassungs- und Wahlrechtsreformen die einheimische institutionelle Kapazität der Mitgliedstaaten aufzubauen und die eigene institutionelle Kapazität der Regierungen zur Veranstaltung von Wahlen zu stärken. Im vergangenen Jahr erhielten Bangladesch, Gambia, Guyana, Haiti, die Komoren, Liberia, Mali und Mexiko diese Art der Hilfe.

39. Langfristig gesehen setzt der Übergang zu einer nachhaltigen Konsolidierung der Demokratie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Achtung vor den Menschenrechten, die Schaffung freier Medien, Toleranz für oppositionelle Meinungen und eine unabhängige Bürgergesellschaft voraus. Die Erfahrungen El Salvadors und Nicaraguas haben gezeigt, daß die Vereinten Nationen selbst unter schwierigen Bedingungen dazu beitragen können, daß solche demokratischen Prozesse Wurzel fassen. In Haiti waren die Vereinten Nationen durch ihre Tätigkeit dabei behilflich, ein Umfeld aufrechtzuerhalten, das Sicherheit und grundlegende Freiheiten ermöglicht.

40. Im Hinblick auf die Stärkung der Zusammenarbeit in Fragen der Demokratisierung und der guten Staatsführung wird das Sekretariat im kommenden Jahr eine Reihe von Konsultationen über die in bezug auf verfassungsmäßige Regierungsformen, Staatsführung in Vielvölkerstaaten und bei ähnlichen Themen gemachten Erfahrungen veranstalten, aus denen Erkenntnisse für künftige Aktivitäten gewonnen werden sollen.

41. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß trotz Rückschlägen und Schwierigkeiten Fortschritte beim Übergang zu einer guten Staatsführung sowie im Hinblick auf die Menschenrechte und die Demokratisierung erzielt werden. Dies ist ein gutes Omen für die Verwirklichung wichtiger nationaler und internationaler politischer Zielsetzungen sowie für die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele und Bestrebungen.

B. Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und bestandfähige Entwicklung

42. Kompetente, rechenschaftspflichtige und bürgernahe staatliche Institutionen sind ein Baustein für das Zustandekommen wesentlicher Fortschritte auf dem Weg zu Wohlstand und Stabilität. Ebenso wichtig ist jedoch ein zuträgliches und förderliches weltwirtschaftliches Umfeld, das zu fördern zu den zentralen Aufgaben der Vereinten Nationen gehört.

43. Zwei wichtige Ereignisse, die beide im Juni 1997 stattfanden, betrafen die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit. Das erste Ereignis war die Verabschiedung der Agenda für Entwicklung durch die Generalversammlung. Das zweite war die neunzehnte Sondertagung der Generalversammlung, die einberufen wurde, um eine Bilanz der Umsetzung der Agenda 21 zu ziehen, des weltweiten Aktionsplans für bestandfähige Entwicklung, der auf der 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung angenommen worden war. Beide wirken sich sowohl auf den

sachlichen Inhalt als auch auf die Organisation der Tätigkeit der Vereinten Nationen in diesem Bereich aus.

44. Die Agenda für Entwicklung geht nicht nur auf konventionelle Entwicklungsfragen ein, sondern hebt auch die synergistischen, wenngleich komplexen Beziehungen zwischen Entwicklung, Frieden, Demokratie, guter Staatsführung und den Menschenrechten hervor. Sie bestätigt die Rolle, die den Vereinten Nationen im Bereich der Entwicklung zukommt, und zeigt Möglichkeiten zur Stärkung der Kapazität und der Wirksamkeit des VN-Systems in diesem Bereich auf.

45. Die Sondertagung der Generalversammlung war Anlaß für eine nüchterne Betrachtung der begrenzten Fortschritte, die bei der Durchführung der auf der Rio-Konferenz geschlossenen Vereinbarungen erzielt worden waren. Darüber hinaus zeichnete sich die Sondertagung dadurch aus, daß auf ihr erstmals eine der von den Vereinten Nationen in den letzten Jahren veranstalteten Weltkonferenzen einer solchen Überprüfung unterzogen wurde. Es ist vorgesehen, ähnliche Überprüfungen auch der anderen Konferenzen vorzunehmen. In ihrer Gesamtheit werden die aus diesen Überprüfungen gezogenen Lehren in die einzelstaatliche und internationale Politik einfließen und sie bis in das nächste Jahrhundert hinein prägen helfen.

* * *

46. Wie bereits in der Einleitung festgestellt, hat sich in den letzten Jahren der wirtschaftliche Kontext der Entwicklung grundlegend verändert. Auf einzelstaatlicher Ebene waren Liberalisierung und wirtschaftliche Reformmaßnahmen die prägende Tendenz der neunziger Jahre, während sich auf internationaler Ebene die Globalisierung als ausschlaggebende Kraft erwies. Mit beiden Dimensionen haben sich das Sekretariat und die entsprechenden zwischenstaatlichen Organe nachhaltig befaßt. So wird etwa in dem *World Economic and Social Survey 1997* (Weltwirtschafts- und -sozialüberblick 1997) die Auffassung vertreten, daß alle Entwicklungsländer und Übergangsländer das Pro-Kopf-Einkommen um mindestens 3 Prozent pro Jahr anheben müßten, wenn Fortschritte bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Linderung der Armut erzielt werden sollen. Um ein derartiges Wachstum zu erzielen, müßte dem Bericht zufolge vor allem für die weniger wohlhabenden Länder ein förderlicheres außenwirtschaftliches Umfeld geschaffen werden, als es zur Zeit besteht, ein Fragenkomplex, den der Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner Arbeitstagung 1997 eingehend erörterte.

47. Ungünstige Tendenzen, was die öffentliche Entwicklungshilfe angeht, werfen einen dunklen Schatten auf die Entwicklungsaussichten von Ländern mit niedrigerem Einkommen. Ohne die nachhaltige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft werden die meisten afrikanischen und eine Reihe anderer wirtschaftlich schwächerer Länder wahrscheinlich nicht in den Genuß der Vorteile aus den von ihnen in letzter Zeit durchgeführten Wirtschaftsreformen gelangen. Doch waren im letzten Jahr einige erfreuliche Initiativen zu verzeichnen, viele davon das Ergebnis der von den wichtigsten Industrieländern auf ihrem Gipfeltreffen in Lyon im Juni 1996 angeregten neuen weltweiten Partnerschaft. Dazu zählen die zweite Internationale Konferenz von Tokio über die Entwicklung Afrikas, das geplante Gesetz der Vereinigten Staaten

betreffend Wachstum und Chancenförderung in Afrika, das schwedische Projekt "Partnerschaft Afrika" und das geplante Anschlußabkommen zum vierten Lomé-Abkommen zwischen der Europäischen Union und Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums. Eine wichtige Aufgabe für die Vereinten Nationen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, neue Formen der Partnerschaft zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern zu schaffen – Partnerschaften, die den Bedürfnissen und Bestrebungen der Entwicklungsländer gerecht werden und außerdem mit globalen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Positionen im Einklang stehen.

48. Im Bereich des internationalen Handels hat sich die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) darauf eingestellt, dieser Herausforderung begegnen zu können. Im letzten Jahr hat sie ihre grundsatzpolitische Analysetätigkeit, ihre zwischenstaatlichen Beratungen und ihre operativen Aktivitäten neu ausgerichtet. Die UNCTAD befaßt sich mit dem Verhältnis zwischen Globalisierung und Entwicklung und sucht nach Möglichkeiten zur Förderung der wirksamen Integration aller Entwicklungsländer in das internationale Handelssystem. Sie unterstützt die Bemühungen der Entwicklungsländer, ihr Investitionsklima zu verbessern, ihre technologische Kapazität auszubauen und Chancen für den Aufbau von Unternehmen zu erkennen und zu nutzen. Gleichzeitig beschäftigt sie sich nach wie vor intensiv mit dem Kapazitätsaufbau in den am wenigsten entwickelten Ländern. Parallel zu diesen programmatischen Veränderungen wurden die zwischenstaatlichen und Sekretariatsstrukturen der UNCTAD wesentlich rationalisiert, die Anzahl der Tagungen wurde gekürzt, Personal wurde abgebaut, und es konnten beträchtliche Einsparungen erzielt werden.

49. Auch die Regionalkommissionen haben ihre Arbeitsprogramme neu überdacht. Die Wirtschaftskommission für Europa befaßt sich beispielsweise mit den Folgen des Beitritts mitteleuropäischer Länder zur Europäischen Union, dem Übergangsprozeß in Ländern Südosteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sowie mit einigen grenzübergreifenden Fragen, namentlich dem Grenzverkehr, Energie- und Transportinfrastrukturen und der Umwelt. Die Wirtschaftskommission für Afrika konzentriert sich auf Fragen des regionalen Handels und der Investitionen, insbesondere auf Herausforderungen und Chancen für Afrika im Anschluß an die Uruguay-Runde. Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien hat einige ihrer Aktivitäten, insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Industrie, eingestellt, dafür jedoch ihre Tätigkeit in anderen Bereichen, wie etwa der Erschließung von Wasservorkommen sowie dem Energie- und Verkehrswesen, ausgebaut. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik hat sich im vergangenen Jahr mit einer Reihe von analytischen und grundsatzpolitischen Fragen auseinandergesetzt, einschließlich der Kompatibilität zwischen Präferenzhandelsabkommen und einem offeneren internationalen Handelssystem. Die Kommission hat außerdem zahlreiche Reformmaßnahmen getroffen und unter anderem ein Pilotprogramm aufgestellt, das eine klarere und ausgeprägtere Rechenschaftspflicht ihres Sekretariats gegenüber der Kommission im Austausch gegen die umfassendere Delegation von Befugnissen und größere Flexibilität vorsieht. Auf ihrer April-Tagung verpflichtete sich die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik zu einer Rationalisierung und

sicherte zu, die Kommission zu einem vitalen Zentrum für die Forschung und andere Entwicklungsaktivitäten zugunsten der Region zu machen, insbesondere zugunsten derjenigen Länder, in denen nach wie vor weitverbreitete Armut herrscht.

50. Die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrats und seiner Nebenorgane richtete sich in der letzten Zeit weitgehend darauf, die Pläne und Programme in die Tat umzusetzen, die auf den im Laufe der Dekade abgehaltenen Weltkonferenzen vereinbart wurden. Neben der Sondertagung der Generalversammlung über "Rio + 5" befaßten sich auch die Tagungen 1997 der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, der Kommission für soziale Entwicklung und der Kommission für die Rechtsstellung der Frau mit Folgemaßnahmen zu den Konferenzen in Kairo, Kopenhagen und Beijing.

51. Ebenso war auch das Arbeitsprogramm des Sekretariats in jedem dieser Bereiche auf die Prioritäten ausgerichtet, die auf den Konferenzen und den anschließenden Tagungen der Kommissionen aufgestellt worden waren. Um nur ein Beispiel zu nennen, trat der Interinstitutionelle Ausschuß für Frauenfragen und die Gleichberechtigung der Geschlechter unter dem Vorsitz der Sonderberaterin des Generalsekretärs für Gleichstellungsfragen und die Förderung der Frau im Oktober 1996 zum ersten Mal zusammen. Der Ausschuß hat den Auftrag, sich für die durchgängige Einbeziehung des Faktors Geschlecht einzusetzen und die Maßnahmen des VN-Systems im Anschluß an die Beijing-Konferenz und andere Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen zu koordinieren.

52. Verbesserungen bei der Sammlung und Verbreitung von Daten sind ein wichtiger Teilbereich der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen im Folgeprozeß der Konferenzen. Im vergangenen Jahr hat die Statistische Abteilung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Bevölkerungsfragen und der Europäischen Union überarbeitete Empfehlungen zu internationalen Wanderungsstatistiken und in Zusammenarbeit mit den Regionalkommissionen und der Europäischen Union Grundsätze und Empfehlungen für Bevölkerungs- und Wohnraumzählungen erstellt. Die Sammlung, Aktualisierung und verbesserte Verbreitung traditionellerer Daten ist nach wie vor ein wichtiger Aspekt der Tätigkeit der Organisation. So zeigte die überarbeitete Ausgabe 1996 der amtlichen Bevölkerungsschätzungen und -projektionen der Vereinten Nationen verglichen mit vorangegangenen Dekaden ein langsames Anwachsen der Weltbevölkerung, niedrigere Fertilitätsraten, größere Unterschiede in der Entwicklung der Sterblichkeit und stärkere Wanderungsbewegungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Die überarbeitete Ausgabe dokumentierte außerdem die verheerenden Auswirkungen der HIV/Aids-Pandemie, was die Mortalitätsraten betrifft, insbesondere für Afrika.

53. Die Vereinten Nationen machen sich auch weiterhin technologische Fortschritte zunutze, um die Informationsverbreitung zu verbessern. Beispielsweise ist das *Monthly Bulletin of Statistics* (Monatliches Statistik-Bulletin) nunmehr auf dem World Wide Web abrufbar. Das Informationsnetz für Bevölkerungsfragen dient als Sammelstelle für Bevölkerungsdaten und -informationen und hat ferner den Entwicklungsländern dabei geholfen, Internetseiten zu Bevölkerungsfragen zu schaffen. Auch die Abteilung Frauenförderung hat gemeinsam mit dem

Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau und dem Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau eine Internetseite mit dem Titel "Women-watch" geschaffen, die sich mit Frauenfragen von globaler Tragweite befaßt. Verbindungen und Partnerschaften mit einem Netz nichtstaatlicher Organisationen tragen dazu bei, die Maßnahmen der Zivilgesellschaft zur Förderung der Rechtsstellung der Frau und ihrer Menschenrechte zu beschleunigen.

* * *

54. Die bestandfähige Entwicklung ist eine der grundlegenden Herausforderungen, denen sich die Menschheit bei ihrem Eintreten in das 21. Jahrhundert gegenübersteht: Wie können die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung gedeckt werden, ohne dabei die natürliche Ressourcengrundlage, auf die sie angewiesen ist, zu zerstören. Die 1992 abgehaltene VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung erstellte einen detaillierten Plan für die Verwirklichung einer bestandfähigen langfristigen Entwicklung. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich der bestandfähigen Entwicklung konzentrierte sich im vergangenen Jahr größtenteils auf die Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung.

55. Auf dieser Tagung machte die Generalversammlung deutlich, daß die Industrieländer ihre finanzielle und technologische Unterstützung für die Entwicklungsländer wesentlich erhöhen müssen, wenn diese ihre einheimischen Ressourcen im Interesse weltweiter Umweltziele mobilisieren sollen. Die Versammlung kam außerdem überein, im Rahmen der Kommission für bestandfähige Entwicklung einen politischen Prozeß zum Thema Wälder fortzusetzen, mit dem auch die Behandlung eines möglicherweise bindenden Rechtsinstruments einhergeht, durch das Bestandfähigkeit gewährleistet werden soll. Außerdem wurde beschlossen, zwischenstaatliche Erörterungen über die Probleme der Trinkwasserknappheit und des Energiesektors in die Wege zu leiten.

56. Zur Frage der Klimaänderungen wurde eine Einigung weder erwartet noch erzielt. Doch sensibilisierte die Sondertagung das öffentliche und politische Bewußtsein für die Notwendigkeit, mittels einer kooperativen Strategie an diese Frage heranzugehen und die kritischen Lücken in dem politischen Konsens zu schließen, der nötig ist, damit das wichtigste Dokument dieser Strategie, das VN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen, gestärkt wird. Als nächster Schritt obliegt es den entwickelten Ländern, rechtsverbindliche Verpflichtungen zur Begrenzung beziehungsweise Reduzierung ihrer Gasemissionen einzugehen, die zur globalen Erwärmung beitragen. Dies ist das Hauptziel der nächsten Tagung der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, die im Dezember 1997 in Kyoto (Japan) abgehalten werden soll. Letztendlich kann das Ziel des Rahmenübereinkommens, die weltweiten Konzentrationen von Treibhausgasen auf einem "sicheren" Wert zu stabilisieren, nicht von den entwickelten Ländern allein verwirklicht werden, sondern es bedarf dazu auch der Zusammenarbeit von Seiten der Entwicklungsländer.

57. Die erste Ausgabe des *Global Environment Outlook* (Welt-Umweltausblick) wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) Anfang 1997 veröffentlicht. Darin wird festgestellt, daß sich der Zustand der globalen Umwelt im

Verlauf der letzten Dekade weiterhin verschlechtert hat und daß schwerwiegende Umweltprobleme auf Ursachen zurückgehen, die im sozioökonomischen Gefüge von Ländern aller Weltregionen fest verhaftet sind. Während bei der Eindämmung der Verschmutzung und der Ressourcenzerstörung gewisse Fortschritte aufgezeigt werden, wird auf Gebieten, die von der Emission von toxischen Stoffen und Treibhausgasen bis zu der Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der Wüstenbildung reichen, eine Verschlechterung festgestellt.

58. Angesichts dieser Tendenzen hat der UNEP-Verwaltungsrat auf seiner neunzehnten Tagung Maßnahmen verabschiedet, um die Tätigkeit des Programms auf dem Gebiet der Umweltüberwachung, der Umweltbewertung und der Frühwarnung auszubauen. Es konnten außerdem Vereinbarungen über die Durchführung des Weltaktionsprogramms zum Schutz der Meeresumwelt gegen vom Lande ausgehende Tätigkeiten, über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahren für die menschliche Gesundheit durch gefährliche Chemikalien und über Maßnahmen zur Verringerung beständiger organischer Schadstoffe erzielt werden. Fortschritte in diesen Fragen waren 1997 zu verzeichnen.

59. Der immer rascher verlaufende Prozeß der Verstädterung wirkt sich auf alle Dimensionen der bestandfähigen Entwicklung aus. Der Ernst dieser Frage bewegte die 1996 in Istanbul abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über Wohn- und Siedlungswesen (Habitat II). Im vergangenen Jahr erhöhte das VN-Zentrum für Wohn- und Siedlungswesen seine Unterstützung für die Entwicklungsländer, was die Bereitstellung von Unterkünften und Dienstleistungen, die Stadtplanung und -verwaltung und Politikreformen sowie die Festlegung von Richtlinien und Indikatoren betrifft, mittels derer die Fortschritte gemessen werden können, die bei der Schaffung menschenwürdiger Unterkünfte für alle und bei der bestandfähigen Entwicklung des Wohn- und Siedlungswesens erzielt werden konnten. Auf Ersuchen der Generalversammlung überprüfte die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen auf ihrer Tagung im Mai 1997 ihre Arbeitsmethoden und paßte sie mit dem Ziel an, Organisationen von Kommunalbehörden und andere in Betracht kommende Gruppen der Bürgergesellschaft, insbesondere den privaten Sektor, in ihre Tätigkeit einzubeziehen.

* * *

60. Die Agenda für Entwicklung, die Sondertagung der Generalversammlung und die entsprechenden Aktivitäten auf zwischenstaatlicher Ebene haben alle den vielschichtigen und sektorübergreifenden Charakter der hier anstehenden Fragen hervorgehoben, der auch in dem Arbeitsprogramm der Organisation in diesen Bereichen Berücksichtigung finden mußte. Dies bedeutet eine große institutionelle Herausforderung, nämlich wie die Behandlung dieser Fragen auf Sekretariatsbene möglichst wirksam erfolgen kann. Es bedarf nicht nur einer effizienteren administrativen Unterstützung; noch wichtiger ist die bessere Integration der analytischen, normativen und operativen Funktionen der Vereinten Nationen und der Erhöhung der Relevanz ihrer Analysearbeit und ihrer normsetzenden Tätigkeit für die Politikformulierung und die Grundsatzmaßnahmen.

61. Diese Ziele standen mir vor Augen, als ich beschloß, die drei Sekretariats-Hauptabteilungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu einer Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten zusammenzuschließen. Diese neue konsolidierte Hauptabteilung wird viel besser in der Lage sein, ihre komplexen Aufgaben auf integrierte Weise wahrzunehmen. Die Zusammenlegung wird außerdem zu Kosteneinsparungen führen, die ich dem Sonderhaushalt für Entwicklungsprogramme zufließen lassen möchte, dessen Schaffung ich den Mitgliedstaaten als Teil meiner Reformpläne im Juli empfohlen habe.

C. Entwicklungsförderung

62. Die Welt von heute ist nach wie vor von krassen Disparitäten geprägt – Disparitäten beim Einkommen, beim Zugang zu Dienstleistungen und bei den Aussichten auf ein menschenwürdiges Leben. Die Entwicklung stellt uns auch weiterhin vor eine große Herausforderung, und die Armut ist nach wie vor ein besorgniserregendes Phänomen. Die Bewältigung dieser Herausforderung erfordert, ganz abgesehen von der Schaffung eines förderlichen innerstaatlichen und internationalen Umfelds, eine verstärkte Unterstützung der Entwicklungsländer.

63. Die Vereinten Nationen haben eine globale Agenda aufgestellt, die den mannigfaltigen Dimensionen der Entwicklung Rechnung trägt, und Pläne für die Verwirklichung vereinbarter Ziele erarbeitet. Die zu bewältigenden Aufgaben sind jedoch immens, während die verfügbaren Ressourcen stagnieren. Die Entwicklungsprogramme und -fonds der Vereinten Nationen haben daher Wege zur besseren Nutzung der verfügbaren Ressourcen gesucht, indem sie darangingen, die Zuweisung ihrer strategischen Ressourcen beginnend mit der Harmonisierung der Programmzyklen 1996 zu koordinieren und auf Landesebene enger zusammenzuarbeiten.

64. Zur Beschleunigung dieses Prozesses und aufbauend auf seinem Erfolg habe ich im Zuge eines der weitreichendsten der von mir im Juli vorgelegten Reformvorschläge die VN-Gruppe für Entwicklung geschaffen. Dieser unter dem Vorsitz des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen stehenden Gruppe gehören außerdem das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) an, wobei auch andere Organe mitwirken können, wenn ihre Interessenlage oder ihre Aufgabenstellung es angezeigt erscheinen läßt. Die VN-Gruppe für Entwicklung ist so strukturiert, daß das eigenständige Profil der ihr angehörenden Organisationen gewahrt bleibt und verstärkt wird, gleichzeitig aber erreicht wird, daß sie sowohl auf Amtsebene als auch im Feld in einem einheitlicheren, stärker von Zusammenarbeit geprägten und kohärenteren Rahmen tätig werden können. Die Schaffung der Gruppe verspricht die Wirkung der VN-Entwicklungsaktivitäten um einiges zu verstärken.

* * *

65. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) mit seinen 132 Feldebüros, die für mehr als 170 Länder zuständig sind, fördert Politiken und Kapazitäten zur Beseitigung der Armut und zugunsten einer bestandfähigen menschlichen Entwicklung. 1996 führte das Programm eine neue

Formel für die Zuweisung von Mitteln ein, gemäß der beinahe 90 Prozent seiner Basisressourcen in Höhe von etwa 850 Millionen US-Dollar in Länder mit niedrigem Einkommen fließen. Zu seinen Basisressourcen kommen etwa 1,2 Millionen Dollar an zweckgebundenen Mitteln und über Kostenteilungsvereinbarungen hinzu. Der Tätigkeitsschwerpunkt des UNDP liegt nach wie vor in der Schaffung einzelstaatlicher Kapazitäten zur Beseitigung der Armut und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und dauerhaften Lebensgrundlagen. Während des vergangenen Jahres wurden in mehr als 80 Ländern Projekte durchgeführt, darunter die Unterstützung eines Managements nach Wirtschaftsgrundsätzen (36 Länder in Afrika), die Ausarbeitung und Durchführung nationaler Programme zum Abbau der Armut (China, Indien, Mongolei und 23 afrikanische Länder), die Neustrukturierung der öffentlichen Ausgaben (Burkina Faso) und die Überwachung der Auswirkungen von Wirtschaftsreformen auf schwächere Gesellschaftsgruppen (Mongolei). Im Zeitraum 1997-1998 werden die Mittel für Aktivitäten zur Berücksichtigung einer geschlechtsbezogenen Perspektive auf ein Fünftel der Basisressourcen angehoben.

66. Auf dem Gebiet der Umwelt und der Entwicklung hat das Programm 1996 die Bemühungen der Entwicklungsländer zur Umsetzung des VN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika, sowie des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, unterstützt und aus der Globalen Umweltfazilität 47 Millionen Dollar für neue Aktivitäten im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Umweltbereich gesichert.

67. 1996 hat das Programm mit der Umsetzung einer Initiative für Strategien zur Armutsbekämpfung begonnen. Viele der Projekte helfen einzelstaatlichen Partnern dabei, mittels Haushaltserhebungen und ähnlicher Methoden die Größenordnung und Verteilung der Armut in ihrem Land abzuschätzen. Die UNDP-Landesbüros sind bei der Erstellung einzelstaatlicher Berichte über die menschliche Entwicklung behilflich, die den globalen *Bericht über die menschliche Entwicklung* ergänzen. Bis 1996 hatten über 50 Länder solche Berichte erstellt; bis Ende 1997 werden Berichte von etwa 100 Ländern vorliegen. Diese Berichte erleichtern die Planung einzelstaatlicher Kampagnen zur Armutsbeseitigung und dienen als Grundlage für die Überwachung der dabei erzielten Fortschritte.

68. Ein weiteres zentrales Mitglied der neu eingerichteten VN-Gruppe für Entwicklung ist das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Seine Gesamtaufwendungen lagen 1996 bei 921 Millionen Dollar, von denen ein volles Drittel nichtstaatlichen oder privaten Quellen entstammte. Etwa 70 Prozent der Programmaufwendungen kamen der Betreuung und dem Schutz von Kindern in Ländern mit niedrigem Einkommen zugute, in denen 70 Prozent der Kinder der Welt leben. Etwa zwei Drittel der gesamten Aufwendungen flossen nach Afrika und Asien. Der weitaus größte Teil der Programmaktivitäten lag im Gesundheitsbereich, gefolgt von den etwa gleich gewichteten Bereichen Bildung, Ernährung, Versorgung mit sauberem Wasser und Abwasserentsorgung.

69. Das Kinderhilfswerk wirkt aktiv an Gemeinschaftsvorhaben im weiteren VN-Rahmen mit und übernimmt dabei

oftmals die Führungsrolle. Eines der vielen bemerkenswerten Beispiele dafür ist seine Tätigkeit bei der Vorbeugung und Behandlung der bei Kindern am häufigsten vorkommenden und zu den häufigsten Todesursachen gehörenden Krankheiten, nämlich akuter Infektionen der Atemwege, Durchfallerkrankungen, Malaria, Masern und Mangelernährung. Das UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation haben einen integrierten Ansatz zur Vorbeugung, Bekämpfung und Behandlung dieser Krankheiten bei Kindern gefördert. Das UNICEF arbeitet darüber hinaus mit mehreren internationalen und nationalen Stellen zusammen, um die Müttersterblichkeit zu senken. Eine Reihe von Ländern, darunter namentlich Bangladesch, Indonesien, Mali, Rumänien und Vietnam, haben aufgrund dieser Anstrengungen Programme eingeführt, die eine bessere Ausbildung von Hebammen, einen leichteren Zugang zu Familienplanung und Gesundheitsdiensten für Frauen sowie eine bessere geburtshilfliche Notversorgung umfassen.

70. Das dritte zentrale Mitglied der VN-Gruppe für Entwicklung ist der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Die Beitragszusagen für diesen beliefen sich 1996 unverändert auf etwas mehr als 300 Millionen Dollar. 47 neue Landesprogramme wurden während des Jahres aufgestellt. Der Bevölkerungsfonds befaßt sich hauptsächlich mit den drei Programmbereichen reproduktive Gesundheit, einschließlich Familienplanung und sexueller Gesundheit, Bevölkerungs- und Entwicklungsstrategien sowie Interessenvertretung. Seine Aufgabe liegt insbesondere in der Unterstützung der Länder bei der institutionellen Verankerung des Konzepts der reproduktiven Gesundheit in ihren einzelstaatlichen Bevölkerungsprogrammen und in der Einbindung dieser Programme in die primären Gesundheitsversorgungssysteme der Länder. Darüber hinaus hat sich der Fonds verstärkt der reproduktiven Gesundheit der Heranwachsenden angenommen.

71. Das Welternährungsprogramm (WFP) hat ein zweifaches Mandat und ist sowohl auf dem Gebiet der humanitären Nothilfe als auch auf dem Gebiet der Entwicklungsförderung tätig. Etwa ein Drittel seiner Gesamtresearchressourcen in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar fließt in den Bereich Entwicklung. 1996 lagen die für Entwicklungszwecke geleisteten Beitragszusagen deutlich unter denen der Vorjahre. Nichtsdestoweniger erreichte die Entwicklungshilfe des Welternährungsprogramms über Projekte zur Erschließung der menschlichen Ressourcen sowie zur infrastrukturellen, landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung mehr als 20 Millionen Menschen. Etwa 40 Prozent der Empfänger leben in Afrika südlich der Sahara, ein weiteres Drittel im asiatischen und pazifischen Raum.

72. Afrika erhält den Hauptteil der Hilfe, da das Welternährungsprogramm seine Ressourcen hauptsächlich auf die ärmsten Menschen in den bedürftigsten Ländern konzentriert; so erhielten insgesamt etwa 30 Länder in Afrika südlich der Sahara Hilfe. Zur selben Zeit waren in dieser Region Fortschritte zu verzeichnen. So produzierte Äthiopien, ein Land, das in jüngster Zeit sowohl Nothilfe als auch Entwicklungshilfe erhalten hatte, im vergangenen Jahr einen Getreideüberschuß, den es in die Nachbarstaaten Kenia und Somalia exportierte. Auch Ghana, Côte d'Ivoire und Mauritius konnten ihre Agrarproduktion in den letzten Jahren jährlich um etwa 4 Prozent steigern, verglichen mit dem durchschnittlichen Anstieg von 2 Prozent in Afrika südlich der Sahara.

73. Die Entwicklungsaktivitäten des Welternährungsprogramms in Asien und im pazifischen Raum konzentrieren sich weitgehend darauf, armen Menschen auf dem Lande die Verbesserung ihrer Ernährungssicherheit zu ermöglichen. Darunter fallen die Unterstützung bei der Schulung zur Selbsthilfe und Kreditprogramme für arme Frauen (Bangladesch); die Befähigung ländlicher Gemeinwesen, örtliche Infrastruktur- und einkommenschaffende Projekte auszuwählen und durchzuführen (China, Indien und Nepal); Rehabilitationsprogramme für Kriegsoffer (Kambodscha) sowie die Unterstützung schwächerer Gesellschaftsgruppen in Ernährungs- und Gesundheitsfragen (Indien und Vietnam).

74. In Lateinamerika und der Karibik unterstützte das Welternährungsprogramm Anstrengungen der Regierungen und lokalen Gemeinwesen, den ärmsten Haushalten einen besseren Zugang zu Produktionsmitteln zu verschaffen und ihnen durch gezielte Einflußnahme auf die primäre Gesundheitsversorgung sowie die Vor- und Grundschulzerziehung Direkthilfe im Ernährungsbereich zu gewähren.

75. Eine Reihe weiterer Organisationen leisten wesentliche Beiträge zu den Entwicklungsbemühungen der Vereinten Nationen, darunter der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM). Im Entwicklungsbereich unterstützt er mit seiner Tätigkeit Programme zur Stärkung des wirtschaftlichen Potentials der Frauen als Unternehmerinnen und Produzentinnen. Zu den Kernbereichen seiner Arbeit gehört die Unterstützung bei der Schaffung und Ausweitung internationaler Netzwerke – darunter die Internationale Koalition Frauen und Kredit, die für die Berücksichtigung des Faktors Geschlecht bei der Vergabe von Kleinstkrediten eintritt. Auch Regionalinitiativen erhalten Unterstützung. Als Beispiel möge die Vereinigung selbständiger Unternehmerinnen dienen, der es mit Unterstützung des UNIFEM möglich war, ihre Kampagne für ein Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über Heimarbeit zu intensivieren, die letzten Endes erfolgreich war. Der Entwicklungsfonds für die Frau unterstützt darüber hinaus die Bemühungen der Frauen, die Erzeugung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen zu organisieren.

76. Die Entwicklungsaussichten einer Reihe von Ländern mit niedrigem Einkommen werden durch die verheerenden Auswirkungen von HIV/Aids ernstlich beeinträchtigt. Der Auftrag des Gemeinsamen und gemeinsam getragenen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) besteht darin, die führende Rolle bei den Antwortmaßnahmen der Vereinten Nationen auf die Epidemie zu übernehmen und diese zu verstärken und zu unterstützen, mit dem Ziel, die Übertragung der Krankheit zu verhindern, den Betroffenen Betreuung und Unterstützung zu gewähren, die Anfälligkeit des einzelnen und der Gemeinschaft zu senken und die Auswirkungen abzumildern. Auf Landesebene war das UNAIDS-Programm bei der Einrichtung themenbezogener VN-Gruppen für HIV/Aids behilflich, deren Aufgabe in der Koordinierung der Bemühungen der Vereinten Nationen zur Unterstützung einzelstaatlicher Maßnahmen gegen HIV/Aids besteht. Der Austausch von Erfahrungen und Fachwissen zwischen den Ländern ist von ebenso entscheidender Bedeutung wie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen ihnen bei der Lösung der Vielzahl an Fragen im Zusammenhang mit HIV/Aids, die über den einzelstaatlichen Bereich hinausgehen. Daher hat das UNAIDS-

Programm in Abidjan, Bangkok und Pretoria kleine zwischenstaatliche Teams aufgestellt, die eng mit den kofinanzierenden Stellen zusammenarbeiten, um Netzwerke technischer Ressourcen aufzubauen und zu festigen und die einzelstaatlichen Kapazitäten zur Verhütung von HIV/Aids und zur Betreuung der Betroffenen auszubauen.

77. Insgesamt gesehen verfolgen die verschiedenen Entwicklungsorganisationen der Vereinten Nationen angesichts der enormen Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen, einen ehrgeizigen Zielkatalog, sind jedoch gezwungen, dafür nur relativ beschränkte Mittel einzusetzen. Mein Ziel bei der Einrichtung der VN-Gruppe für Entwicklung ist es, den Wirkungsgrad dieser Ressourcen durch die Herbeiführung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen sowohl auf strategischer Ebene als auch im Feld zu erhöhen und die Gesamtheit der Anstrengungen durch Konzentration auf die Kernkompetenzen und durch die Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten und Dienste wirkungsvoller zu gestalten.

D. Vorbeugende Diplomatie, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Abrüstung

78. Die Gewißheit, daß ihre Mitglieder nicht Gewalt anwenden, sondern ihre Streitigkeiten auf andere Weise beilegen werden, ist der Grundpfeiler jeder wohlgeordneten Gesellschaft. Gebiete, die einen friedlichen Vollzug des Wandels mit Zuversicht erwarten lassen, gibt es heute in allen Teilen der Welt, wenn auch in Koexistenz mit Situationen des gewaltsamen Konflikts zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Eines der Hauptziele der Vereinten Nationen ist es, dem friedlichen Wandel breiteren Raum zu geben, indem sie Mittel zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe Konflikte eingedämmt und beigelegt werden können, und indem sie sich mit den eigentlichen Konfliktursachen auseinandersetzen.

79. Die Verhütung von Konflikten sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten setzt an erster Stelle voraus, daß mögliche Spannungsursachen kontinuierlich im Auge behalten und umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß die Spannungen sich nicht zum Konflikt steigern. Im vergangenen Jahr war das Sekretariat in Zusammenarbeit mit anderen Teilen des VN-Systems bemüht, seine weltumspannende Beobachtungstätigkeit auszubauen, die Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit entdecken und den Sicherheitsrat so in die Lage versetzen soll, vorbeugende Maßnahmen zu treffen oder zu fördern.

80. Die Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen bietet hier große Möglichkeiten. Als repräsentatives Beispiel lassen sich die engen Kontakte zur Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) anführen. Zwischen den Sekretariaten der beiden Organisationen finden fast täglich Konsultationen statt. Auch die zur Ernennung eines gemeinsamen Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der OAU für das ostafrikanische Zwischenseengebiet, Mohamed Sahnouns, dessen Mandat und Tätigkeitsbereich auch auf andere Länder in Zentralafrika ausgedehnt wurde, ist ein konkreter Ausdruck

dieser Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und subregionalen Organisationen wie der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika hat ebenfalls zugenommen.

81. Darüber hinaus arbeiten die Vereinten Nationen auch weiterhin eng mit der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) zusammen, insbesondere in Haiti, wo die gemeinsam aufgestellte Internationale Zivilmission nach wie vor ihre Aufgaben wahrnimmt. Ein gleiches gilt für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Europarat auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Wahlhilfe, der Friedensschaffung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir werden auch weiterhin auf diesen positiven Erfahrungen aufbauen, um eine rationellere und kostenwirksamere Arbeitsteilung zwischen der Weltorganisation und den regionalen Einrichtungen zu fördern, und so die Bestimmungen von Kapitel VIII der VN-Charta mit Leben erfüllen.

82. Die unterschiedlichen Erfahrungen, die zwei miteinander benachbarte Länder Zentralasiens im vergangenen Jahr gemacht haben, verdeutlichen, daß bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen, wenn Fortschritte bei der Beilegung von Streitigkeiten erzielt werden sollen. Die Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung des Friedens und der nationalen Eintracht in Tadschikistan hat Kampfhandlungen zwar nicht vollständig verhindern können, jedoch immerhin gezeigt, daß die tadschikischen Streitparteien den Wunsch haben, ihre Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege beizulegen. Zugleich ist daraus zu ersehen, daß einige Schlüsselländer, wie die Islamische Republik Iran und die Russische Föderation, bereit waren, ihren Einfluß auf die Streitparteien zu diesem Zweck geltend zu machen. In Afghanistan hingegen haben die Kriegsparteien trotz der Anstrengungen der Sondermission der Vereinten Nationen, die durch entsprechende Appelle des Sicherheitsrats unterstützt wurde, wenig Interesse an einer friedlichen Lösung gezeigt. Sie führen noch immer einen brutalen und sinnlosen Bürgerkrieg und werden, was noch schlimmer ist, von einigen Mitgliedstaaten darin bestärkt, die ihnen weiterhin politische und militärische Hilfe gewähren. Die unausgesetzten Leiden des Volkes von Afghanistan nehmen indessen weiter zu. Im Juli dieses Jahres beschloß ich daher, die Bemühungen der Vereinten Nationen, bei der Beendigung der Auseinandersetzungen in Afghanistan behilflich zu sein, zu intensivieren, und entsandte Lakhdar Brahimi in das Land, mit dem Auftrag, sich erneut ein Bild von der Situation zu machen und Maßnahmen zu empfehlen, die die Vereinten Nationen möglicherweise ergreifen können.

83. Mit tiefem Bedauern muß ich feststellen, daß der mangelnde Wille zur friedlichen Koexistenz und die Bereitschaft einiger Gruppen, eine ausgehandelte politische Ordnung durch Gewalt zu verändern, zu einem schwerwiegenden Rückschritt in zwei Ländern geführt haben, in denen die Vereinten Nationen nach Jahren des Bürgerkriegs maßgeblich zur Wiederherstellung der Stabilität beigetragen hatten. Der Staatsstreich in Sierra Leone im Mai dieses Jahres war ein schändlicher Akt, der auf dem ganzen Kontinent und in der ganzen internationalen Gemeinschaft zu Recht nachdrücklich verurteilt wurde. Er bedeutete einen schweren Rückschlag für die Aussichten auf Stabilität und Entwicklung in einem Land, das beides bitter

benötigt. In Kambodscha wurde die labile Koalition, das Ergebnis mühevoller und kostspieliger internationaler Anstrengungen, durch die gewalttätigen Ereignisse im Juli dieses Jahres schwer erschüttert.

84. Die miteinander verflochtenen Probleme und Krisen, die nach der verheerenden menschlichen Tragödie in Ruanda über das ostafrikanische Zwischenseengebiet hereinbrachen, erforderten ein entsprechend integriertes Vorgehen seitens der Vereinten Nationen. Während die Stabilität in Ruanda selbst bis zu einem gewissen Grad wiederhergestellt wurde, war mein Sonderbotschafter, Mohamed Sahnoun, intensiv an den Anstrengungen beteiligt, die auf internationaler Ebene unternommen wurden, um die im östlichen Zaire aufbrechende Krise zu bewältigen. Die Rebellion, die dort ihren Ausgang nahm, erreichte ihren Höhepunkt mit der Einnahme Kinshasas und der Einsetzung einer neuen Regierung, die das Land in Demokratische Republik Kongo umbenannte. Bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts in der Republik Kongo wiederum hat Mohamed Sahnoun mit dem Präsidenten Gabuns, Omar Bongo, zusammengearbeitet, und er unterstützt auch weiterhin die Bemühungen, die der ehemalige Präsident der Vereinigten Republik Tansania, Julius Nyerere, unternimmt, um die politischen Parteien Burundis an den Verhandlungstisch zu bringen.

85. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, eine gründliche Untersuchung der Vorwürfe anzustellen, wonach in der Demokratischen Republik Kongo Völkermordhandlungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen worden seien, entsandte ich eine Ermittlungsgruppe in das Land, mit dem Auftrag, die Tatsachen festzustellen. Die tief verwurzelten und weitreichenden Problem der Region können letzten Endes nur von den dort lebenden Menschen gelöst werden. Wenn ihren Bedürfnissen und Bestrebungen umfassend entsprochen werden soll, bedarf es jedoch gleichzeitig auch des langfristigen Engagements der internationalen Gemeinschaft, die Friedensbemühungen zu unterstützen und zu fördern.

86. In den letzten Monaten habe ich außerdem Initiativen ergriffen, um den nahezu zum Stillstand gekommenen Prozeß zur Beilegung dreier sich seit langem hinziehender Streitigkeiten neu zu beleben, nämlich derjenigen in Westsahara, Zypern und Osttimor. In jedem Fall habe ich dazu einen hochrangigen Emissär bestellt, der versuchen soll, den Prozeß in neue Bahnen zu lenken. Was Westsahara betrifft, habe ich James Baker III gebeten, zusammen mit den Parteien festzustellen, welche Aussichten für die Umsetzung des Regelungsplans bestehen, und mir seine Empfehlungen vorzulegen. Er hat bereits mehrere Konsultationsrunden mit den Parteien veranstaltet. Die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara wird vor Ort belassen, um die Umsetzung einer Regelung zu erleichtern.

87. Um meinem Gute-Dienste-Auftrag in Osttimor neue Dynamik zu verleihen, habe ich Jamsheed Marker zu meinem persönlichen Beauftragten ernannt. Er hat mit den Regierungen Indonesiens und Portugals eine Reihe von intensiven Konsultationen darüber geführt, wie die Dreiparteiengespräche, die seit 1983 unter der Ägide meiner Vorgänger stattgefunden haben, am besten wiederbelebt werden können. Außerdem hat er Osttimor einen Besuch abgestattet. Auf der Grundlage der von

ihm geführten Erörterungen lud ich die Außenminister Indonesiens und Portugals zu einem Treffen nach New York ein. Die Zusicherungen beider Regierungen, daß die Verhandlungen einen positiven Verlauf nehmen würden, bedeuteten für mich eine Ermutigung. Ich halte es auch für nützlich, den alle Parteien Osttimors einschließenden Dialog fortzuführen, um es dem Volk des Landes zu ermöglichen, praktische Ideen zu der Suche nach einer dauerhaften Lösung beizusteuern.

88. Das dritte Gebiet, auf dem ich versucht habe, einen zuvor moribunden Friedensprozeß zu reaktivieren, ist Zypern, wo eine seit langem bestehende Friedenssicherungspräsenz der Vereinten Nationen wesentlich dazu beigetragen hat, daß es nicht zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kam. Ich lud die Führer der beiden Volksgruppen zu einer Reihe von direkten Gesprächen – den ersten solchen Gesprächen seit drei Jahren – ein, bei denen Diego Cordovez, mein Sonderberater für Zypern, den Vorsitz führte. Die erste Gesprächsrunde fand im Juli außerhalb New Yorks statt, eine zweite im August in der Schweiz. Obgleich bislang noch keine Einigkeit über Sachfragen erzielt werden konnte, sind beide Führer weiterhin entschlossen, im Rahmen meines Gute-Dienste-Auftrags eine Gesamtregelung herbeizuführen, und ich habe die Absicht, diesen Auftrag auch künftig wahrzunehmen.

89. Schließlich ist dem Sicherheitsrat mit der Verhängung bindender Sanktionen ein wertvolles Werkzeug an die Hand gegeben, das es den Vereinten Nationen gestattet, ohne Rückgriff auf Gewalt Druck auszuüben. Es sind allerdings Bedenken laut geworden über die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die schwächsten Gruppen innerhalb der Zivilbevölkerung sowie über ihre indirekten Auswirkungen auf andere Staaten. Das "Öl für Nahrungsmittel"-Programm in Irak, das im Dezember 1996 eingeleitet und im Juni 1997 verlängert wurde, stellt den ersten systematischen Versuch des Rates dar, den humanitären Bedürfnissen der Zivilbevölkerung in einem Land, das weiterhin Sanktionen unterworfen ist, Rechnung zu tragen. Ich werde mich dafür einsetzen, daß die Generalversammlung und der Sicherheitsrat die Frage prüfen, wie Sanktionen zu einem weniger groben, dafür aber wirksameren Instrument gemacht werden können.

* * *

90. In den letzten 12 Monaten wurden durch den Abschluß multilateraler Verträge, in mehreren Fällen im Rahmen der Abrüstungskonferenz, bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungsregelung und Abrüstung erzielt. Verträge zu einer Vielzahl von Massenvernichtungswaffen wurden ausgehandelt, verlängert, erweitert oder sind in Kraft getreten. Der neue, institutionalisierte Prozeß zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist angelaufen, der historische Vertrag über das umfassende Verbot von Kernversuchen wurde geschlossen, das Chemiewaffenübereinkommen trat in Kraft und die Parteien des Übereinkommens über biologische Waffen kamen überein, ihre Bemühungen um die Aushandlung von Verifikationsbestimmungen zu intensivieren. Die verschiedenen Regelungen betreffend kernwaffenfreie Zonen, von denen die meisten inzwischen die volle Unterstützung der Kernwaffenstaaten genießen, wurden weiter konsolidiert. Die durch diese Erfolge in Gang gesetzte Dynamik sollte aufrechterhalten werden, insbesondere mit dem Ziel, die

verbleibenden Kernwaffenbestände beträchtlich zu reduzieren und schließlich vollständig zu beseitigen.

91. Trotz dieser positiven Entwicklungen gibt das Fehlen von Normen für konventionelle Waffen, insbesondere leichte Waffen und Kleinwaffen, Anlaß zu wachsender Besorgnis. Nur wenig ist geschehen, um die rasch eskalierende Verbreitung dieser Waffen aufzuhalten. Diese Situation zieht eine widersinnige Kette von Ereignissen nach sich. Die Mitgliedstaaten bitten die Vereinten Nationen, sich bestimmter bewaffneter Konflikte anzunehmen. In mindestens 15 dieser Konflikte sind heute Kleinwaffen und leichte Waffen die wichtigsten, wenn nicht die einzigen Gewaltwerkzeuge. Sie sind ohne weiteres auf den Weltmärkten erhältlich. Mehr noch, es besteht ein intensiver Wettbewerb um den Export dieser Waffen, so auch in die Konfliktgebiete, in denen die Vereinten Nationen sich um die Förderung des Friedens bemühen, ein Wettbewerb, durch welchen diese Konflikte weiter verschärft und in die Länge gezogen werden. Die damit verbundenen Verluste an Menschenleben und die Vertreibung von Menschen im eigenen Land oder in angrenzende Gebiete wiederum verursachen zusätzliche humanitäre Krisen, die die Vereinten Nationen aufgerufen sind zu lindern.

92. Die internationale Gemeinschaft steht heute vor der Herausforderung, Mittel zu finden, um die Verbreitung dieser Waffen, insbesondere in Konfliktgebieten, einzudämmen. Ein solches Mittel ist die Förderung des Grundsatzes der Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Was dies betrifft, so findet das von den Vereinten Nationen geführte Register für konventionelle Waffen breite Unterstützung bei den Mitgliedstaaten und sollte gestärkt werden. Die vor kurzem in Westafrika ergriffene lobenswerte Initiative, ein Moratorium für die Ausfuhr, Einfuhr und Herstellung leichter Waffen zu erklären, stellt eine weitere konstruktive Maßnahme dar.

93. Schließlich sollten die Anstrengungen, die zur Zeit im Hinblick auf ein Verbot von Antipersonenminen unternommen werden, weltweit gefördert werden, und es sollten so schnell wie möglich wirksame Maßnahmen zur Beseitigung dieser heimtückischen Waffen ergriffen werden. Landminen, so heißt es, sind Waffen, die am Ende eines Krieges nicht beiseite gelegt werden; sie bleiben, wo sie sind, und verstümmeln und töten jeden Monat etwa 2.000 Menschen, zumeist Zivilpersonen. Doch könnte es sein, daß diesbezüglich demnächst bedeutende Fortschritte erzielt werden. Im Herbst 1996 rief eine Gruppe von Ländern zusammen mit der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen die Verbotsbewegung ins Leben, die heute unter der Bezeichnung Ottawa-Prozeß bekannt ist. Bisher haben 117 Staaten öffentlich erklärt, daß sie im Dezember 1997 in Ottawa einen internationalen Vertrag zugunsten eines weltweiten Verbots der Anfertigung, der Herstellung, des Einsatzes und der Ausfuhr von Antipersonenminen unterzeichnen werden. Ich unterstütze diese Anstrengungen mit allem Nachdruck.

94. Diese und andere neue Herausforderungen der Waffenproliferation machen eine Neubelebung der Bemühungen erforderlich, die die Vereinten Nationen auf diesem Gebiet unternehmen. Die Tatsache, daß die Welt nicht mehr von der Rivalität der Supermächte zerrissen ist, macht dies möglich. Die Gunst der Stunde nutzend, schlug ich in meinem im Juli

veröffentlichten Reformbericht vor, eine neue Hauptabteilung Abrüstung und Rüstungsregelung zu schaffen, die den Vereinten Nationen wieder eine zentrale Rolle dabei einräumen wird, die Zerstörungskraft von Konflikten zu begrenzen, indem die Verbreitung der Waffen begrenzt wird, die diese Konflikte anheizen.

E. Humanitäre Maßnahmen

95. Wenn die friedliche Beilegung von Streitigkeiten fehlschlägt – oder als politische Alternative gezielt abgelehnt wird – und ein bewaffneter Konflikt entsteht, machen sich die Auswirkungen auf andere Länder zunächst häufig durch einen massiven Zustrom von Flüchtlingen oder durch die Sorge angesichts der Not von Binnenvertriebenen und anderen von dem Krieg betroffenen Menschen bemerkbar. Wie viele Menschen heute Opfer von anthropogenen humanitären Katastrophen sind, läßt sich nicht in Zahlen fassen. Schätzungsweise gibt es etwa 40 Millionen durch Konflikte Vertriebene, möglicherweise bis zu zehnmal mehr als Opfer von Naturkatastrophen. Es ist das Ziel der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen, Notleidenden rechtzeitig und wirksam Hilfe und Schutz zu gewähren und sich für die Einhaltung humanitärer Normen einzusetzen.

96. Humanitäre Hilfe für von Konflikten betroffene Menschen findet in Situationen statt, die immer komplexer, unberechenbarer und gefährlicher werden. Einsätze werden durchgeführt, während das staatliche Gefüge in Frage gestellt wird oder zusammenbricht, Recht und Ordnung sowie die Unterstützungsmechanismen der Bürgergesellschaft daniederliegen oder gar eine regelrechte Bürgerkriegssituation herrscht. Dies macht es notwendig, daß die Hilfsmaßnahmen Hand in Hand gehen mit umfassenderen Ansätzen, die unter anderem das Ziel verfolgen, eine politische Regelung zu fördern, Kapazitäten wiederaufzubauen und wirtschaftliche Chancen wiederherzustellen. Bedrohlich ist, daß sich das Vorgehen der Kombattanten in einer wachsenden Zahl von Fällen gezielt gegen die Zivilbevölkerung richtet, sei dies, um ihre Vertreibung zu erzwingen, sie als menschliche Schutzschilde zu benutzen, sie zu terrorisieren oder sie zu vernichten. In ähnlicher Weise werden humanitäre Einsätze aus politischer Opportunität behindert beziehungsweise wird ihnen der Zugang verwehrt oder werden sie als Teil der strategischen Berechnungen der kriegführenden Parteien manipuliert oder Angriffen ausgesetzt. Diese bestürzenden Praktiken werfen außerordentlich gravierende politische und moralische Probleme auf, auf die die internationale Gemeinschaft eingehen und die sie lösen muß.

* * *

97. Die vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) unterstützte Flüchtlingsbevölkerung ging 1996 von 15,5 Millionen auf 13,2 Millionen zurück, zum Teil bedingt durch die Bemühungen des UNHCR um freiwillige Repatriierung, zum Teil bedauerlicherweise jedoch auch durch Episoden großangelegter unfreiwilliger Rückführungen und Evakuierungen, insbesondere im ostafrikanischen Zwischenseengebiet. Die Zahl der Binnenvertriebenen

liegt inzwischen erheblich über der Zahl der Flüchtlinge und wird auf 20 bis 25 Millionen Menschen geschätzt. Das Flüchtlingsamt gewährt nahezu 5 Millionen Binnenvertriebenen und einer gleichen Zahl von ehemaligen Flüchtlingen und anderen, die sich in verschiedenen Stadien der Wiederansiedlung befinden, direkte oder indirekte Unterstützung. Der Nothilfekoordinator unterstützt außerdem Opfer von Naturkatastrophen.

98. Das Welternährungsprogramm führte 1996 57 Nothilfeoperationen durch, wobei über zwei Drittel der insgesamt bereitgestellten Hilfe auf sechs dieser Einsätze (im ostafrikanischen Zwischenseengebiet, in Angola, Afghanistan, Irak, im ehemaligen Jugoslawien und in Liberia) entfielen. Bei 15 Millionen der Opfer, denen Hilfe geleistet wurde, handelte es sich um Frauen und Kinder, die in Situationen politischer Gewalt, bei Dürre oder bei anderen Katastrophen im allgemeinen als erste unter den Folgen des Hungers leiden. Die großangelegten humanitären Anstrengungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) konzentrieren sich weiterhin auf Fragen im Zusammenhang mit der Ernährung, der Gesundheit, der Abwasserbeseitigung sowie dem Unterricht für Kinder in Notsituationen. Das VN-Zentrum für Menschenrechte und das UNICEF leisteten Unterstützung bei der Erstellung eines bedeutenden Sachverständigenberichts über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder, die umfassendste je angestellte Analyse zu diesem Thema, die dem Dritten Ausschuß der Generalversammlung vorgelegt wurde. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) schloß im vergangenen Jahr eine Vereinbarung mit dem UNHCR, wonach der Fonds in Notstandssituationen die Versorgung der Vertriebenen und Flüchtlingen auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit übernehmen wird. Das UNAIDS hat darüber hinaus Richtlinien für Regierungen und kooperierende Organisationen herausgegeben, die es diesen ermöglichen, in Notstandssituationen die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der raschen epidemischen Ausbreitung von HIV/Aids zu ergreifen und die bereits infizierten Menschen zu betreuen.

99. Der am längsten bestehende humanitäre Einsatz der Vereinten Nationen ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Das Hilfswerk leistet 3,4 Millionen Flüchtlingen nicht nur grundlegende Dienste auf dem Gebiet der Erziehung, der Gesundheit, der Notstandshilfe und des Sozialwesens, sondern führt auch eine Reihe von Projekten zur Infrastrukturentwicklung, Verbesserung der Lebensbedingungen und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten durch. Die Verlegung seines Sitzes von Wien nach Gaza im Juli 1996 hat dazu beigetragen, daß das Hilfswerk heute engere Beziehungen zu den palästinensischen Behörden unterhält. Dennoch führen stagnierende Geberbeiträge in Verbindung mit dem stetigen Wachstum der Zahl der Leistungsempfänger zu einer quantitativen und qualitativen Schmälerung der angebotenen Dienstleistungen.

100. Noch lange nach dem Ende vieler Konflikte wirken Antipersonenminen als humanitäre Geißeln fort. Es ist Ziel des im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Ottawa-Prozesses, die Anfertigung, die Herstellung und den Einsatz dieser Minen zu verbieten. Die mühevollen humanitären Arbeit, die Gefahren zu vermindern, die von bereits verlegten Minen ausgehen, muß indessen fortgesetzt werden. Die Aufklärung über die Minengefahr und die Minenräumung, wozu die Durchführung tech-

nischer Erhebungen und die Verifikation sowie die Kennzeichnung und Räumung der Minenfelder gehören, erfordern weitaus umfangreichere Ressourcen. Die Ausbildung und die Weitergabe von Fachkenntnissen sind unverzichtbar, auf technischem wie auch auf verwaltungstechnischem Gebiet.

101. Entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen der Vereinten Nationen in komplexen Notsituationen und Naturkatastrophen ist die Verfügbarkeit von menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen. Zwischen September 1996 und August 1997 hat die Hauptabteilung Humanitäre Angelegenheiten im Namen des VN-Systems 13 konsolidierte Hilfsappelle koordiniert, mit denen die Bedürfnisse von etwa 17 Millionen Menschen in Afghanistan, Albanien, Angola, der Demokratischen Volksrepublik Korea, dem ehemaligen Jugoslawien, Liberia, dem ostafrikanischen Zwischenseengebiet, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tadschikistan und der Region von Tschetschenien gedeckt werden sollen. Der kombinierte Finanzierungsbedarf für zwei Appelle – zugunsten des ehemaligen Jugoslawien und des ostafrikanischen Zwischenseengebiets – machte etwa die Hälfte der 1,8 Milliarden Dollar aus, um die nachgesucht wurde. Insgesamt 727 Millionen Dollar wurden zugesagt beziehungsweise vorgetragen.

* * *

102. Während des vergangenen Jahres hat das System der Vereinten Nationen seine Fähigkeit zur Leistung humanitärer Hilfe weiter verbessert. Der Ständige interinstitutionelle Ausschuß hat bei diesem Prozeß eine Schlüsselrolle gespielt. Beim Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet der Frühwarnung, der Eventualfallplanung und der Informationssysteme wurden Fortschritte erzielt. So haben die wichtigsten humanitären Organisationen beispielsweise Methoden zur gemeinsamen Eventualfallplanung entwickelt und im ostafrikanischen Zwischenseengebiet, in Westafrika und in Zentralasien gemeinsame Planungsübungen durchgeführt.

103. Um sicherzustellen, daß die Zusammenarbeit in vorhersehbaren Bahnen verläuft, haben die wichtigsten Organisationen Vereinbarungen erarbeitet, durch die die jeweiligen Aufgabenbereiche abgegrenzt werden, die Rechenschaftspflicht gewahrt bleibt und Beistandsvereinbarungen getroffen werden. Auch die Verbindungsarbeit zwischen diesen Organisationen und den nichtstaatlichen Organisationen vollzieht sich heute routinemäßiger, im Feld ebenso wie im Rahmen monatlicher "Interaktions-Treffen" in New York und entsprechender Begegnungen in Genf. Sollte sich die Situation im ostafrikanischen Zwischenseengebiet rasch verschlechtern, so steht ein Regionaler Koordinator für humanitäre Maßnahmen bereit, um sofort die Verantwortung für die strategische Koordinierung der Anstrengungen der Vereinten Nationen in dem gesamten Gebiet einschließlich Burundis, des östlichen Teils der Demokratischen Republik Kongo, Ruandas und zugunsten der Flüchtlinge in der Vereinigten Republik Tansania zu übernehmen.

104. Was die Ressourcenmobilisierung angeht, so wurde 1996 im Rahmen einer vom Wirtschafts- und Sozialrat vorgenommenen Überprüfung eine ausführliche Evaluierung des gesamten Prozesses der konsolidierten Appelle durchgeführt. Durch diesen Prozeß soll nicht nur die Koordinierung gewährleistet, sondern es sollen auch Prioritäten für den Finanzierungsbedarf

gesetzt werden. Die Überprüfung führte dazu, daß der Prozeß auch auf längerfristige Wiederaufbau- und Normalisierungsziele ausgedehnt wurde – so beispielsweise auf die Wiedereingliederung von demobilisierten Soldaten und Flüchtlingen, die Stärkung der Verwaltungskapazität der betreffenden Staaten und die Förderung des Übergangs von der Hilfe zur Entwicklung. Außerdem wird sich der Prozeß nach Bedarf auch auf den Finanzierungsbedarf für Feldeinsätze auf dem Gebiet der Menschenrechte erstrecken.

105. Das immer größere Interesse und die wachsende Anteilnahme des Sicherheitsrats an humanitären Fragen ist eine weitere willkommene und zeitgerechte Entwicklung. Sie eröffnet Aussichten auf eine integriertere Konzeption der Konfliktbeilegung, bei der alle Dimensionen – die politische, humanitäre, entwicklungsbezogene und menschenrechtliche Dimension – in synergistischer Weise angegangen werden.

106. Die jüngsten Erfahrungen haben allerdings auch gezeigt, daß noch wirksamere institutionelle Vorkehrungen erforderlich sind. Vor allem die operative Rolle der Hauptabteilung Humanitäre Angelegenheiten erschien mir problematisch. Die Hauptabteilung übernahm operative Aufgaben auf begrenzte und situationsgebundene Weise, ohne dafür entsprechend gerüstet zu sein. Dies wiederum lenkte von den zentralen Aufgaben des Nothilfekordinators ab, nämlich der Politikgestaltung, der Interessenvertretung und der Koordinierung der humanitären Nothilfemaßnahmen. In meinen im Juli unterbreiteten Reformvorschlägen kündigte ich daher an, daß an die Stelle der Hauptabteilung ein kleineres Amt des Nothilfekordinators treten werde, das sich ausschließlich mit den genannten zentralen Aufgaben befaßt, und daß die operativen Aufgaben der Hauptabteilung anderen Stellen übertragen würden. Die Neuorganisation hat bereits begonnen.

* * *

107. Wie bereits zu Beginn dieses Abschnitts ausgeführt, zeichnen sich bestimmte Konfliktsituationen der jüngsten Zeit auf bedrückende Weise dadurch aus, daß die Kombattanten heute in die Verfolgung ihres eigenen strategischen Vorteils auch die humanitäre Präsenz einbeziehen und somit manipulieren. Noch schlimmer ist die Tatsache, daß die Zivilbevölkerung zur unmittelbaren Zielscheibe geworden ist und daß humanitäre Helfer drangsaliert, als Geisel genommen, vergewaltigt und sogar ermordet werden. Zur Abwehr dieses immer schwereren Übergriffs auf unschuldige Menschenleben und internationale Normen ist die Hilfe der Mitgliedstaaten vonnöten. Als ersten Schritt hat der Sicherheitsrat vor kurzem Angriffe auf Flüchtlinge und andere Zivilpersonen nachdrücklich verurteilt und die Konfliktparteien aufgerufen, die Regeln des humanitären Rechts genauestens einzuhalten. Es gilt jedoch, die moralischen, strategischen und die physische Sicherheit betreffenden Dimensionen dieser Bedrohung des Kerns des humanitären Auftrags der Vereinten Nationen einer umfassenden Bewertung zu unterziehen.

F. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung

in der Konfliktfolgezeit

108. Die Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gehört zu den grundlegenden Zielen der Vereinten Nationen. Wenn auch die in der Charta verankerte Vision eines Systems der kollektiven Sicherheit in der Praxis bisher noch nicht verwirklicht wurde, so haben die Vereinten Nationen im Laufe der Jahre doch beachtenswerte Neuerungen geschaffen, beispielsweise das Instrument der Friedenssicherung. In der nach dem Ende des Kalten Krieges herrschenden Euphorie wurden die Möglichkeiten für eine Ausweitung des Spektrums der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen wohl überschätzt, während in jüngster Zeit wiederum umgekehrt zu sehr nur die Beschränkungen gesehen werden.

109. Eine schon vorher nicht leichte Aufgabe ist zugegebenermaßen dadurch weiter erschwert worden, daß so viele der nach dem Kalten Krieg ausgebrochenen Konflikte die Form innerstaatlicher Gewalt zwischen Splittergruppen oder von bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen angenommen haben, die schwerwiegende Folgen nach außen haben. Doch wurden aus den jüngsten Erfahrungen wichtige Erkenntnisse gewonnen, aufgrund derer die Friedenssicherung und die institutionellen Strukturen zu ihrer Unterstützung ständig verfeinert und angepaßt werden, während gleichzeitig die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit im Instrumentarium der Vereinten Nationen zur Herbeiführung eines dauerhafteren Friedens eine immer bedeutendere Rolle einnimmt.

110. Die internationale Gemeinschaft hat ein klareres Bewußtsein sowohl der Grenzen der Friedenssicherung als auch ihres unverminderten Nutzens entwickelt. Nach den Rückschlägen der Vergangenheit sind sich die Mitgliedstaaten mehr der Risiken bewußt, die mit der Dislozierung von Einsätzen verbundenen sind, deren Ressourcen in keinem Verhältnis zu ihrem Auftrag stehen. Wir haben auch gelernt, daß Untätigkeit angesichts massiver Gewaltanwendung und der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weder eine annehmbare noch eine praktikable Option ist. Frieden kostet zwar weit weniger als Krieg, doch sollte niemand der Illusion erliegen, daß er zum Billigtarif zu erreichen wäre.

111. Derzeit stehen etwa 22.500 Soldaten und Zivilpolizisten in 16 Friedensmissionen rund um die Welt im Dienst. Diese Missionen werden von der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze geleitet, deren Führung Untergeneralsekretär Bernard Miyet im Februar 1997 übernahm. Sie alle helfen, potentiell gefährliche Situationen zu stabilisieren. Bei vielen von ihnen kommt es zu einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen. Die wichtigsten Entwicklungen seit dem letzten Berichtszeitraum werden hier beziehungsweise an anderer Stelle in diesem Bericht nur kurz umrissen.

112. Auf dem Balkan arbeiten die VN-Mission in Bosnien und Herzegowina und ihre Internationale Polizeieinsatztruppe eng mit der Stabilisierungstruppe der NATO zusammen, um die in Dayton (Ohio) eingegangenen Verpflichtungen zu verwirklichen. Die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für

Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) hat mit der Entmilitarisierung der bewaffneten Kräfte der örtlichen Serben und mit der Erleichterung der im April 1997 abgehaltenen Wahlen wichtige Ziele erreicht. Die Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen (UNPREDEP) erfüllt ihr Mandat in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien, während die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Prewlaka die dortige Situation überwacht.

113. In Georgien arbeitete die Beobachtermission der Vereinten Nationen mit den Friedenstruppen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zusammen, um den Parteien die Herbeiführung einer politischen Lösung zu ermöglichen. Die VN-Beobachtermission in Tadschikistan unterstützte den Verhandlungsprozeß, der im Juni 1997 in Moskau zur Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung des Friedens führte. In Haiti sind die Vereinten Nationen beim Wiederaufbau der Polizei des Landes behilflich und arbeiten auf dem Gebiet der Menschenrechte mit der Organisation der amerikanischen Staaten zusammen. Die Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan nimmt auch weiterhin ihre Aufgaben wahr. Ich bin ermutigt durch die jüngsten Fortschritte in Richtung eines Dialogs zwischen den Parteien.

114. Die VN-Beobachtermission in Liberia nähert sich der Erfüllung ihres in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten verfolgten Mandats, die Waffenruhe zu überwachen sowie die Abrüstung und die Demobilisierung zu verifizieren. Dadurch wurde der Weg für Wahlen und die Bildung einer neuen Regierung im Sommer 1997 geebnet. Ebenfalls in Afrika konnte die Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola III durch einen kleineren Anschlußeinsatz ersetzt werden. Da der Friedensprozeß in Angola jedoch zum Stillstand gekommen zu sein scheint, sind erneute Anstrengungen erforderlich, um die nationale Aussöhnung zu festigen und die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen.

115. Der Nahe Osten bleibt auch heute eines der spannungsgeladendsten Gebiete der Welt. Ich hoffe darauf, daß der israelisch-palästinensische Friedensprozeß wiederaufleben und seine volle Dynamik wiedererlangen wird. Die Vereinten Nationen leisten ihren Beitrag zur Stabilität in der Region namentlich durch die humanitären Aktivitäten des bereits im vorangegangenen Abschnitt angesprochenen Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, durch die noch zu behandelnde entwicklungsbezogene Tätigkeit des Sonderkoordinators und durch drei Friedenssicherungsmissionen, nämlich die Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (UNDOF) und die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon. Die in Kooperation mit Israel und der Syrischen Arabischen Republik unternommenen Bemühungen der UNDOF auf den Golanhöhen waren von Erfolg gekrönt. Im südlichen Libanon hingegen dauerten die Feindseligkeiten zwischen den israelischen Truppen und ihren Helfern und den libanesischen Gruppen an. Anderenorts im Nahen Osten trägt die Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait mit dazu bei, die Stabilität in ihrem Einsatzgebiet zu gewährleisten.

116. Während des vergangenen Jahres planten die Vereinten Nationen außerdem eine Mission in Sierra Leone und trafen entsprechende Vorbereitungen dafür, wobei die Mission letztlich jedoch nicht disloziert wurde; ferner erstellte die Organisation umfangreiche Eventualfallpläne für mögliche Missionen in Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Kongo; und schließlich leitete sie eine Beobachtermission in Guatemala ein, die erfolgreich abgeschlossen wurde.

117. Im Rahmen der laufenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Stärkung der Vereinten Nationen kommt es entscheidend darauf an, die Fähigkeit der Organisation zur Planung, Steuerung und Durchführung von Friedenssicherungsmissionen zu bewahren und zu verbessern. Das Sekretariat überarbeitet derzeit umständliche oder nicht zweckmäßige Regelungen und Verfahren für die Unterstützung der Feldeinsätze, darunter Regelungen für die Einstellung von Personal, das Beschaffungswesen und die Regelung von Haftungsansprüchen Dritter. Außerdem suchen wir nach Möglichkeiten, um sicherzustellen, daß das gesamte VN-System bei allen Aktivitäten in den Bereichen Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung sowohl auf Feld- als auch auf Amtsebene an einem Strang zieht. Die Schaffung eines Exekutiv Ausschusses für Frieden und Sicherheit innerhalb des Sekretariats ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Verwirklichung dieses Ziels.

118. Weitere Maßnahmen fallen unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Bei vielen der für die friedenssichernden Tätigkeiten wesentlichen Strukturen und Funktionen fehlt es an einer verlässlichen Finanzierung, und zahlreiche essentielle Aufgaben werden von Personal wahrgenommen, das die Mitgliedstaaten den Vereinten Nationen auf Zeit zur Verfügung gestellt haben. In der Tat fällt die Hälfte aller Bediensteten des Höheren Dienstes der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze in diese Kategorie. Die Organisation braucht im Bereich der Friedenssicherung eine stabile Basis von Haushaltsmitteln, die dem tatsächlichen Personalbedarf entspricht. Auch die Realisierung des Vorschlags, einen schnell dislozierbaren Missionsstab zu schaffen, um den herum die Komponenten eines Friedenssicherungseinsatzes aufgebaut werden könnten, hängt von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.

119. Weitere Bestandteile einer Schnelleingreifkapazität werden derzeit untersucht. Eine Reihe von Staaten stellen bereits Militäreinheiten auf, die im Falle eines Beschlusses des Sicherheitsrats ohne größere Verzögerungen disloziert werden könnten. Eine Gruppe von Staaten, genauer gesagt Dänemark, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen und Schweden, unterzeichnete im Dezember 1996 eine Absichtserklärung, im Rahmen der VN-Verfügungsbereitschaftsabkommen eine sofort verfügbare Brigade aufzustellen. Einige dieser Staaten sind diesem Ziel bereits nähergekommen. Obgleich wir diese Entwicklungen sehr begrüßen, wird die Verfügbarkeit von Truppen auch in Zukunft von der Bereitschaft der jeweiligen Regierungen abhängen, sie im konkreten Fall auch tatsächlich einzusetzen.

120. Im kommenden Jahr wird es zu den vordringlichsten Prioritäten gehören, unter Zugrundelegung der bei der gemein-

samen Dislozierung gewonnenen Erfahrungen, beispielsweise in Georgien, im ehemaligen Jugoslawien und in Liberia, eine Doktrin und Richtlinien zu erarbeiten, damit die Vereinten Nationen in Zukunft besser auf solche Partnerschaften mit Regionalorganisationen vorbereitet sind. Eine weitere Hauptpriorität des kommenden Jahres wird es sein, sicherzustellen, daß humanitäre Strategien und längerfristige Entwicklungsziele voll in die Friedenssicherungsbemühungen eingebunden werden. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen, wenn wir das unentbehrliche Instrument der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen den Krisen anzupassen suchen, denen wir uns heute und in Zukunft gegenübersehen, und wenn wir an einem System der kollektiven Sicherheit für das einundzwanzigste Jahrhundert arbeiten.

* * *

121. Das System der Vereinten Nationen als Ganzes konzentriert sich wie niemals zuvor auf die Friedenskonsolidierung – Maßnahmen zur Ermittlung und Unterstützung von Strukturen, die den Frieden untermauern und festigen. Erfahrungen haben gezeigt, daß die Sicherung des Friedens, verstanden als die Vermeidung eines Rückfalls in einen bewaffneten Konflikt, eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Schaffung der Grundlagen eines dauerhaften und gerechten Friedens ist. Zusätzliche Maßnahmen können unter anderem in folgenden Bereichen ergriffen werden: militärische Sicherheit, öffentliche Ordnung, Menschenrechte, Flüchtlinge und Vertriebene, Wahlen, lokale Verwaltung, Übernahme von öffentlichen Versorgungsaufgaben, Gesundheit, Bildung, Finanzwesen, Zölle und Verbrauchsteuern, Wiederaufbau und ganz allgemein Versuche, die Gesellschaft wieder zu einem gewissen Grad von Normalität zurückzuführen. Keine andere Institution auf der Welt verfügt über die Erfahrung, das Fachwissen, die Kapazität zur logistischen Unterstützung, die Koordinierungsfähigkeit und die Universalität, die die Vereinten Nationen für diese Aufgaben mitbringen.

122. Ein gutes Beispiel für die Friedenskonsolidierung in der Praxis ist Guatemala, wo die Vereinten Nationen dazu beigetragen haben, mit der Unterzeichnung des abschließenden Friedensübereinkommens am 29. Dezember 1996 die Beendigung des letzten noch bestehenden Konflikts in Zentralamerika herbeizuführen. Die Vereinten Nationen, die die Einhaltung der Menschenrechte in Guatemala schon seit 1994 verifiziert hatten, waren von der Generalversammlung auch mit der Verifikation der abschließenden Übereinkommen betraut worden. Eine Waffenruhe und die Demobilisierung der Kombattanten wurden innerhalb der gesetzten Frist von 60 Tagen erreicht. Die Vereinbarungen erstrecken sich neben der Förderung der Menschenrechte auch auf die Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtspflege, die Verbesserung des Wahlsystems und die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit, mit dem Ziel, auf allen Ebenen eine breitere Mitsprache der Bürger zu gestatten, sowie auf die Festlegung der neuen Rolle der Armee in der Gesellschaft. Bei der Durchführung der Übereinkommen ist noch bis zum Jahr 2000 eine Verifikation durch die Vereinten Nationen vorgesehen. Dies ist eine große Herausforderung, die die volle Kooperation des Volkes von Guatemala sowie die nachhaltige Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft erfordert.

123. Die Vereinten Nationen waren außerdem, in diesen Fällen mit einer nicht so umfassenden Zielsetzung, in Angola, Mali und Nicaragua an der Demobilisierung ehemaliger Kombattanten und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft beteiligt. Diese Aufgabe umfaßte die Kasernierung ehemaliger Kombattanten, ihre Entwaffnung, Demobilisierung und ihren Heimtransport sowie die Erleichterung ihrer sozioökonomischen Wiedereingliederung. Anderswo, unter anderem in Ruanda, gewährten die Vereinten Nationen technische Hilfe und Ausbildung zur Stärkung des Justizwesens und zur Unterstützung der Kommunalpolizei.

124. Die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, daß die Bemühungen zur Entwicklungsförderung während Notsituationen nicht eingestellt werden dürfen, sondern energisch weiterbetrieben werden müssen. Daher haben die zuständigen Stellen der Vereinten Nationen entwicklungsorientierte Interventionspläne erarbeitet, um Rückfälle in eine Krisensituation zu verhindern. Im Zeitraum 1996-1997 wurden zahlreiche Feldprojekte durchgeführt, an denen UNDP, UNHCR, UNICEF, WFP und UNIFEM beteiligt waren. Ich habe Maßnahmen ergriffen, um zu gewährleisten, daß das VN-System als Ganzes in der Lage ist, den Herausforderungen der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit einheitlich und kohärent zu begegnen, und habe zu diesem Zweck die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten zur Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit bestimmt. Sir Kieran Prendergast trat im März 1997 die Leitung der Hauptabteilung an.

125. Die Sonderkommission der Vereinten Nationen (UNSCOM) hat ein einzigartiges, rein militärisches Friedenskonsolidierungsmandat, nämlich die umfassende, endgültige und vollständige Offenlegung aller verbotenen Waffenprogramme durch Irak zu verifizieren. Während des vergangenen Jahres befand es der Sicherheitsrat zweimal für notwendig, Irak zu verurteilen – das eine Mal, weil der Versuch der Sonderkommission, die Zerstörung von Flugkörpertriebwerken zu verifizieren, vereitelt worden war, und das andere Mal, weil ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt und ihr der Zutritt zu relevanten Standorten verwehrt worden war. Die Sonderkommission hat erhebliche, fortdauernde Probleme festgestellt, die in den kommenden Monaten angegangen werden müssen.

126. Ein ganz anders gelagerter, in seiner Art aber ebenso einmaliger Fall ist das Büro des Sonderkoordinators, das den VN-Programmen und -Organisationen im Westjordanland und im Gazastreifen allgemeine Anleitungen erteilt und eng mit der Weltbank zusammenarbeitet, um der Palästinensischen Behörde dabei behilflich zu sein, einen integrierten Entwicklungsansatz, eine selbsttragende Wirtschaft und effektive Verwaltungseinrichtungen zu schaffen.

127. Die Sache eines gerechten Friedens erfordert außerdem das Vorhandensein wirksamer Mechanismen, die gewährleisten, daß Täter zur Rechenschaft gezogen werden. In vielen Fällen sind ausreichende einzelstaatliche Instrumente vorhanden, die jedoch unter Umständen internationaler Unterstützung bedürfen. Manche Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte sind jedoch so schwerwiegend und einige Gewaltakte so ungeheuerlich, daß sie einen Affront gegen die ganze Menschheit darstellen und die Menschheit daher als Ganze handeln

muß. In dieser Hinsicht wurden in den letzten Jahren einige bedeutsame Schritte unternommen.

128. Das Internationale Gericht für das ehemalige Jugoslawien setzte 1997 einen Meilenstein, indem es sein erstes Urteil verkündete und seine erste Strafe verhängte. Mit der Festnahme dreier Angeklagter und ihrer Überstellung nach Den Haag wurde außerdem ein Wendepunkt im Verhältnis des Gerichts zu den internationalen Truppen und den nationalen Behörden erreicht. Das Internationale Gericht für Ruanda konnte den Zeitverlust wettmachen, der durch Defizite beim Management und bei der Verwaltung entstanden war, und betreibt derzeit drei Verfahren; 21 Angeklagte warten auf ihre Verhandlung.

129. Schließlich hat der Vorbereitungsausschuß für die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs seine Arbeiten an dem konsolidierten Wortlaut eines Statutsentwurfs beinahe abgeschlossen. Ich bin der festen Ansicht, daß die Einrichtung eines solchen Gerichtshofs einen maßgeblichen Beitrag zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit leisten, eine Abschreckungsfunktion gegen künftigen Völkermord erfüllen und eine wichtige Stufe bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene bedeuten würde. Ich befürworte und unterstütze die Schaffung des Gerichtshofs durch eine internationale Konferenz, die für 1998 anberaumt ist. Sein Entstehen am Ende eines Jahrhunderts, das zu den blutigsten der Geschichte zählt, brächte dem neuen Jahrhundert das Vermächtnis einer robusteren Herrschaft der Vernunft.

G. Neue staatenübergreifende Bedrohungen

130. Dieselben Kommunikationsmittel und Möglichkeiten zur persönlichen Mobilität, die es den Akteuren der Zivilgesellschaft gestatten, weltweit zu agieren, ermöglichen dies auch den Akteuren der "unzivilen Gesellschaft". In unserer Welt der immer durchlässigeren Grenzen treten in Gestalt grenzüberschreitender Netze der Kriminalität, des Drogenhandels, der Geldwäsche und des Terrorismus neue Bedrohungen der staatlichen Sicherheit, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Demokratie und der Souveränität auf. Durch die Zusammenfassung der einschlägigen Tätigkeitsbereiche zu einem einzigen Büro für Drogenbekämpfung und Verbrechenverhütung mit Sitz in Wien und durch die Ernennung von Pino Arlacchi, einem Experten für organisierte Kriminalität, zu dessen Leiter war ich bemüht, den Vereinten Nationen eine entsprechende Ausgangsposition dafür zu verschaffen, daß sie mit dazu beitragen können, diese wachsende Bedrohung einzudämmen.

* * *

131. Die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen spielen in dem Kampf zur Unterbindung des internationalen Terrorismus seit langem eine zentrale Rolle. Zwölf multilaterale Verträge sowie die Erklärungen über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus wurden verabschiedet, um bestimmten terroristischen Handlungen besser entgegenzutreten zu können. Die Generalversammlung hat die Rechtsakte überprüft, um Lücken in dem bestehenden Regelwerk zu ermitteln, und hat 1996 einen Ad-hoc-Ausschuß eingesetzt, der neue internationale Übereinkünfte zur Verhinderung terroristischer

Bombenanschläge und nuklearer Terrorakte ausarbeiten soll. Der Ausschuß plant außerdem die Erstellung eines umfassenden rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

* * *

132. Organisierte kriminelle Gruppen weiten ihre Tätigkeit auf die gesamte Welt aus. Entwicklungsländer und neue Demokratien sind dabei bevorzugte Ziele, da sie wegen ihrer noch nicht genügend gefestigten Institutionen besonders anfällig sind. Zur Behebung dieses Problems haben die Mitgliedstaaten 1994 die Politische Erklärung von Neapel und den Weltaktionsplan gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität verabschiedet, worin die Regierungen aufgefordert werden, ihre Rechtsvorschriften zu harmonisieren und dafür zu sorgen, daß ihre Justiz über die erforderlichen Mittel zur Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität verfügt.

133. Unter der Schirmherrschaft der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege gingen aus dem Dokument von Neapel verschiedene praktische Maßnahmen und Rechtsprotokolle zur Unterstützung seiner Zielsetzungen hervor, namentlich was die Schaffung von Datenbanken und Vereinbarungen im Hinblick auf die Überwachung und den Informationsaustausch betrifft. Auf ihrer sechsten Tagung im Frühjahr 1997 prüfte die Kommission den Entwurf einer Konvention zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und faßte Beschlüsse zu mehreren ihrer konkreten Erscheinungsformen, wie der Bestechung und Korruption, dem Schlepperunwesen und dem unerlaubten Kinderhandel.

134. Im vergangenen Jahr gewährte die Sekretariats-Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten Hilfe bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines regionalen Übereinkommens über Rechtshilfe in Strafsachen und initiierte einen regionalen Rahmenplan für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Auslieferung. Außerdem half die Abteilung der Regierung Südafrikas bei der Ausarbeitung eines Zeugnenschutzprogramms, der Regierung Kirgisistans bei der Einrichtung einer Fachabteilung im Innenministerium zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Regierung Rumäniens bei der Stärkung der Kapazität des Strafjustizsystems zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. In Angola, Argentinien, Armenien, Bolivien, Georgien, Guinea, der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien, Pakistan und Togo wurden Bedarfserhebungen vorgenommen.

* * *

135. Das Programm der Vereinten Nationen für die internationale Drogenbekämpfung (UNDCP), das mit seiner Tätigkeit dem Drogenhandel und Drogenmißbrauch entgegenwirken soll, fördert den Beitritt der Staaten zu den internationalen Verträgen auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung, insbesondere zu dem VN-Übereinkommen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, das den wichtigsten Rahmen für die internationale Zusammenarbeit auf diesem

Gebiet darstellt. 1996 war das Programm 15 Regierungen bei der Abfassung und Anwendung von einzelstaatlichen Drogenbekämpfungsgesetzen und -vorschriften behilflich, wozu auch Schulungsmaßnahmen für Polizeibeamte, staatliches Verwaltungspersonal, Richter und Staatsanwälte gehörten.

136. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchtstoffkontrollamt unterstützte das VN-Drogenbekämpfungsprogramm die Regierungen auch bei ihren Anstrengungen zur Verhütung der Abzweigung von Drogen und deren Vorläuferstoffen auf den unerlaubten Markt. Diesbezügliche regionale Hilfsprogramme wurden in Zentral-, Süd- und Südwestasien durchgeführt. Außerdem gab das Programm auch eine umfassende weltweite Studie heraus und untersuchte mögliche Gegenmaßnahmen gegen die neuen Gefahren, die von der unerlaubten Herstellung verschiedenster Aufputschmittel, insbesondere von Amphetaminen, dem unerlaubten Verkehr damit und deren Mißbrauch ausgehen.

137. Zur Unterstützung der Regierungen bei der Bekämpfung des unerlaubten Drogenverkehrs gewährten regionale Polizeibeamter des VN-Drogenbekämpfungsprogramms in Ostafrika, im südlichen Afrika, in Lateinamerika und in Südostasien Beratung und technische Hilfe. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 16 Programme für Sicherheitsorgane eingeleitet, wobei der Schwerpunkt auf der Schulung von Polizei- und Zollbeamten lag, um diese besser zu befähigen, Suchtstoffe abzufangen und zu beschlagnahmen. Das VN-Drogenbekämpfungsprogramm hat auch die Zusammenarbeit von Suchtstoffbehörden über Landesgrenzen hinweg gefördert, namentlich im Grenzgebiet zwischen der Islamischen Republik Iran und Pakistan und zwischen Indien und Pakistan. Darüber hinaus bieten auch regionale Aktionspläne, wie in Afrika und in der Karibik, einen Rahmen für Zusammenarbeit und Rechtshilfe.

138. Durch die Kooperation mit anderen Organisationen wird bei der Drogenbekämpfung ein Multiplikatoreffekt erzielt. Das VN-Drogenbekämpfungsprogramm hat eine Vereinbarung mit der Weltzollorganisation unterzeichnet, in der die Grundprinzipien für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen festgelegt sind. Sie arbeiteten bei der Einrichtung eines Netzes von regionalen Verbindungsbüros zur Nachrichtengewinnung zusammen, und 15 ost- und südafrikanische Staaten erhielten Unterstützung, die es ihnen ermöglicht, neue Entwicklungen auf dem Gebiet des illegalen Drogenhandels rechtzeitig zu entdecken. Auch mit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) wurde eine engere Zusammenarbeit in die Wege geleitet.

139. In den neunziger Jahren haben die Drogenhändler in zunehmendem Maße Handelsschiffe als ein wichtiges Transportmittel genutzt, um unerlaubte Drogen in großen Mengen aus den Ursprungsländern zu den Märkten zu befördern. Das VN-Drogenbekämpfungsprogramm hat daher Programme eingeleitet, die die Fähigkeit der Regierungen zur Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels auf dem Seeweg und in Seehäfen stärken sollen.

140. Maßnahmen zur Verminderung der Nachfrage nach unerlaubten Suchtstoffen stellen einen unverzichtbaren Bestandteil der Strategien zur Bekämpfung des Drogenhandels dar. Viele Regierungen verfügen jedoch weder über die

Ressourcen noch über das Fachwissen und die entsprechenden Kenntnisse, um tragfähige Programme zur Verhütung des Drogenmißbrauchs und zur Behandlung und Rehabilitation von Süchtigen auszuarbeiten und durchzuführen. Die vom VN-Drogenbekämpfungsprogramm gewährte Unterstützung hebt schwerpunktmäßig darauf ab, die Zivilgesellschaft, insbesondere nichtstaatliche Organisationen und die Geschäftswelt, letztere im Rahmen von Programmen zur Verhütung des Drogenmißbrauchs am Arbeitsplatz, zu mobilisieren.

141. Das VN-Drogenbekämpfungsprogramm unterstützt auch alternative Entwicklungsprogramme, um einzelne Regionen, in denen Suchtstoffpflanzen, insbesondere der Kokastrauch und Opiummohn, unerlaubt angebaut werden, aus dem Würgegriff der Drogenhändler zu befreien. 1996 leitete das VN-Drogenbekämpfungsprogramm ein mit 15,9 Millionen Dollar dotiertes vierjähriges technisches Kooperationsprogramm in Afghanistan und ein fünfjähriges alternatives Entwicklungsprogramm in der Region von Wa in Myanmar ein.

142. Um die Drogenhändler der wirtschaftlichen Macht und des Einflusses zu berauben, die sie dank der Erträge aus ihren unerlaubten Tätigkeiten ausüben, ist das VN-Drogenbekämpfungsprogramm den Regierungen bei ihren Anstrengungen zur Unterbindung der Geldwäsche und zur Beschlagnahme der durch den Drogenhandel erworbenen Vermögenswerte behilflich. So wird von ihm zum Beispiel ein mit 4,3 Millionen Dollar dotiertes weltweites Programm zur Verbesserung der Kapazität der zuständigen Justiz- und Polizeibehörden finanziert und unterstützt, in dessen Rahmen auch die Schaffung nachrichtendienstlicher Einheiten im Finanzbereich vorgesehen ist, wodurch die Gefährdung der Finanzsysteme vermindert werden soll. Dieses Programm wird in enger Zusammenarbeit mit anderen von dem Geldwäschephänomen betroffenen Organisationen und Stellen durchgeführt werden. Der Kampf gegen die Drogen stellt jedoch nach wie vor eine gewaltige Herausforderung dar, da der freie Handel und die Schnelligkeit der Telekommunikationsverbindungen sowie beträchtliche finanzielle Mittel es den Kriminellen ermöglichen, ihre Tätigkeiten zu diversifizieren, ihre Risiken zu vermindern und die Gewinnträchtigkeit zu maximieren.

H. Rechtsangelegenheiten, Management und Kommunikation

143. Ohne Rechtsnormen und Rechtsakte, die universale Relevanz besitzen und weltweit geachtet werden, ohne ein klares Leitbild und hohe Leistungsstandards sowie ohne wirksame Informationen über die Ziele und Aktivitäten der Vereinten Nationen hätten die Bemühungen der Organisation nur geringe Aussicht, den Bedürfnissen und Zielvorstellungen von Ländern und Menschen gerecht zu werden. Auf jedem dieser Gebiete konnten im vergangenen Jahr wesentliche Fortschritte erzielt werden. Die Sache des Völkerrechts konnte auf mancherlei wichtige Weise gefördert, die Qualität unserer Managementsysteme konnte verbessert und unsere Botschaft über die Tätigkeit der Organisation besser formuliert werden. Diese Schritte schaffen jene förderliche und stützende Infrastruktur, die dabei helfen wird, daß im Rahmen der operati-

ven Aktivitäten der Vereinten Nationen die gewünschten Ergebnisse erzielt werden.

* * *

144. Der Sekretariats-Bereich Rechtsangelegenheiten leistet nicht nur seinen eigenen sachlichen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen, sondern nimmt darüber hinaus auch unterstützende Tätigkeiten in bezug auf alle anderen Teile der Organisation wahr.

145. Was die Sacharbeit angeht, so ist der Bereich im Rahmen seiner Abteilung Kodifizierung intensiv daran beteiligt, einen internationalen Strafgerichtshof zu schaffen und, wie in den vorhergehenden Abschnitten erwähnt, neue Rechtsakte zur Bekämpfung des Terrorismus zu erarbeiten. Die Unterabteilung Internationales Handelsrecht war auch weiterhin der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) dabei behilflich, durch die fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts die Hindernisse zu beseitigen, die sich dem internationalen Handel entgegenstellen. Beispielsweise hat die Kommission auf ihrer Tagung 1997 ein Mustergesetz über grenzüberschreitende Insolvenz verabschiedet, um darauf hinzuwirken, daß Rechtsvorschriften für den Fall geschaffen werden, daß zahlungsunfähige Schuldner über Vermögenswerte in mehr als einem Staat verfügen. Es werden außerdem Bemühungen in völlig neuen Bereichen unternommen, wie etwa in bezug auf digitale Unterschriften. Auf der Grundlage eines von der Völkerrechtskommission erstellten Entwurfs verabschiedete die Generalversammlung im Mai 1997 das Übereinkommen über das Recht der nichtschiffartigen Nutzung internationaler Wasserläufe.

146. Das Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des Übereinkommens zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens hat die Vereinten Nationen dazu veranlaßt, ihr Informations-, Beratungs- und Unterstützungsprogramm auf diesem Gebiet neu zu gestalten. Der Bereich Rechtsangelegenheiten unterstützt die verschiedenen durch das Seerechtsübereinkommen ins Leben gerufenen Institutionen, namentlich die Kommission zur Begrenzung des Festlandssockels, die im Juni 1997 geschaffen wurde und ihre erste Tagung abhielt; die Internationale Meeresbodenbehörde, die ihre anfängliche Organisationsfähigkeit abgeschlossen und nunmehr ihre Tätigkeit aufgenommen hat, und den Internationalen Seegerichtshof, der seine Funktion wahrscheinlich 1998 aufnehmen wird.

147. Die unterstützende Tätigkeit des Bereichs Rechtsangelegenheiten erstreckte sich auf Forschungsarbeiten und die Erstellung von Gutachten zu Fragen des Privat- und Völkerrechts; die Beratung und Betreuung im Zusammenhang mit Friedenssicherungseinsätzen und die Gewährung von Rechtsbeistand für zahlreiche Nebenorgane. Der Bereich war außerdem dabei behilflich, die für Rechtsfragen zuständigen Stellen der Sonderorganisationen und anderen VN-Institutionen zu koordinieren.

148. Der Bereich war an einem der wichtigsten Aspekte des Reformprozesses beteiligt, der Formulierung und Erstellung eines neuen Verhaltenskodexes für das VN-Personal, welcher

der Generalversammlung zur Behandlung vorgelegt werden soll. Der Kodex nennt die wichtigsten Werte, die das Wesen des internationalen Beamtentums ausmachen, und führt die grundlegenden Rechte und Pflichten des internationalen Beamten auf. Mit den neuen Bestimmungen soll außerdem dafür gesorgt werden, daß Bedienstete für ihre Leistung verantwortlich sind.

149. Eine der vordringlichsten Aufgaben des Bereiches gemäß der Charta ist es, von den Mitgliedstaaten geschlossene internationale Verträge zu registrieren und zu veröffentlichen. Der Bereich hat sich weiter darum bemüht, die Rückstände in der Sektion Verträge aufzuarbeiten, eine Aufgabe, die man in den nächsten Jahren abzuschließen hofft. Gleichzeitig wurden wichtige Schritte unternommen, um die VN-Vertragssammlung elektronisch zugänglich zu machen, so daß ein breiteres Publikum, nicht nur Diplomaten und Völkerrechtler, sondern auch nichtstaatliche Organisationen, Unternehmen des Privatsektors, Akademiker und andere Interessierte auf der ganzen Welt Zugriff auf diese wichtige Informationsquelle haben.

* * *

150. Die Hauptabteilung Verwaltung und Management hat die Umsetzung des Managementplans der Vereinten Nationen beschleunigt, der Verbesserungen in den fünf folgenden, miteinander zusammenhängenden Schlüsselbereichen anvisiert: Humanressourcen, Gesamtarbeitsprogramm, Informationswesen, Technologie und Kostenstruktur. Eine Hauptsorge galt darüber hinaus der Finanzlage der Organisation, wobei die im Verlauf des Jahres angekündigten verschiedenen Reform- und Neugliederungsinitiativen diesen Anstrengungen zusätzlichen Auftrieb verliehen.

151. Mit dem Ziel der Verbesserung des Personalmanagements setzte die Hauptabteilung ihre Bemühungen zum Ausbau der im Haus vorhandenen Kapazitäten für Organisationsentwicklung, Personalentwicklung und Planung fort. Handlungsorientierte Seminare wurden abgehalten. Initiativen zur Personalentwicklung konzentrierten sich auf die Anhebung der Qualifikation der Mitarbeiter, die Verbesserung der Rechenschaftspflicht und die Delegation von Befugnissen. Die Bemühungen des Sekretariats wurden jedoch durch die übergroße Komplexität der Personal- und Finanzvorschriften behindert. Die von den zwischenstaatlichen Organen ausgeübte Kontrolle, die sich immer mehr auf jedes Detail erstreckt, und die Einführung zusätzlicher Aufsichtsebenen haben die Situation weiter verschärft.

152. Der Gestaltung des Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen kamen die beachtlichen Fortschritte zugute, die bei der Überarbeitung der Gliederung des mittelfristigen Plans erzielt wurden, der die wichtigste programmatische Handlungsrichtlinie der Organisation ist und den Rahmen für die Aufstellung ihrer Zweijahres-Haushaltspläne vorgibt. Dennoch stießen die Mitgliedstaaten, wie auch schon in der Vergangenheit, bei der Einigung über strategische Imperative auf erhebliche Schwierigkeiten.

153. Ein wirksames Management hängt in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Informationen ab. Das Integrierte Führungs-Informationssystem (IMIS) konnte mittlerweile auf

fünf Dienstorte ausgeweitet werden. Als derjenige Ort, an dem alle administrativen Vorgänge der Organisation – Personal, Finanzen und Beschaffungswesen – zusammenlaufen, wird das System immer mehr zum administrativen Rückgrat unserer weltweiten Tätigkeit. Mehrere andere Organe und Sonderorganisationen haben das IMIS übernommen oder erwägen, dies zu tun; der Tag ist vielleicht nicht fern, an dem Manager im gesamten System der Vereinten Nationen einem gemeinsamen, einheitlichen und effizienten Standard folgen werden.

154. Der Bedarf an elektronischen Unterstützungsdiensten ist drastisch angestiegen, was nach einer erweiterten und komplexeren technologischen Infrastruktur verlangt. Dazu gehören neben dem Integrierten Führungs-Informationssystem auch Anwendungen wie das Internet und Intranet sowie neue Technologien wie Videokonferenzen und Teleübersetzung. Ein strategischer Technologieplan wurde erarbeitet und eingeführt, und die bestehende Infrastruktur wird mit großen Schritten auf den neuesten Stand gebracht. Die in Zukunft bereitgestellten Finanzmittel müssen jedoch gewährleisten, daß die Organisation nicht nur technische Störungen und obsoletere Technologien vermeiden kann, sondern daß sie auch in ihre technologische Entwicklung investieren kann.

155. Was die Kostenstruktur betrifft, so konnte die Organisation innerhalb ihres immer enger gesteckten Budgetrahmens bleiben und dennoch die von den Mitgliedstaaten vorgeschriebenen Ergebnisse erzielen. Selbst nach Kürzungen in Höhe von 250 Millionen Dollar – beinahe 10 Prozent der vorangegangenen Haushaltsbasis – konnte für den Zweijahreshaushalt 1998-1999 noch ein Negativwachstum angesetzt werden. Das Effizienzsteigerungsprogramm leistete einen maßgeblichen Beitrag zur Suche nach Möglichkeiten für Kosteneinsparungen und bei der Abmilderung der Auswirkungen der vorgeschriebenen Kürzungen. In seiner ersten Phase lag das Hauptgewicht auf Projekten, die von Mitarbeitern und Führungskräften angeregt wurden. Die derzeit im Gang befindliche zweite Phase gilt grundlegenderen Fragen, nämlich der Vereinfachung von Abläufen, der Delegation von Befugnissen und der Ausstattung der Programmleiter mit größerer Verantwortung und mehr Flexibilität.

156. Wie ihr neuer Name schon andeutet, steht die Hauptabteilung Management bereit, den Übergang zu einer proaktiveren Managementkultur zu vollziehen und anstelle von Systemen rein administrativer Kontrolle und stückweiser Verbesserungen im Management eine grundlegende Reform der Managementpraktiken der Organisation herbeizuführen. Im Rahmen dieses neuen Ansatzes erhalten die Fachabteilungen größere administrative Flexibilität, was es der zentralen Leitung ermöglicht, sich auf die Ausarbeitung von Politiken, auf Unterstützungsdienste und auf die Überwachung des Vollzugs zu konzentrieren. Am beachtlichsten dabei ist wohl, daß ein geringerer Anteil der Ressourcen der Organisation für nicht programmbezogene Zwecke aufgewendet wird und dadurch mehr Ressourcen für sachbezogene Bemühungen freigesetzt werden. In einer Zeit, in der die für die Entwicklung verfügbaren Ressourcen knapp sind, ist dies eine gute Nachricht für unsere "Kunden" – die Länder und Völker der Welt, die die wirtschaftlichen und sozialen Programme der Vereinten Nationen benötigen.

* * *

157. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten auf ein ganz anderes und sehr ernstes Problem im Zusammenhang mit dem Personal der Vereinten Nationen lenken, nämlich auf die wachsende Bedrohung seiner Sicherheit. Im Zuge der Ereignisse des vergangenen Jahres waren die Bediensteten der Vereinten Nationen einer exponentiellen Zunahme von Risiken und vorsätzlicher Gewalt ausgesetzt. Seit September 1996 sind 21 Zivilbedienstete bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ums Leben gekommen.

158. Geiselnahmen stellen eine neue Bedrohung für das Personal der Vereinten Nationen dar. Seit dem 1. September 1996 wurden 47 Bedienstete über unterschiedliche Zeiträume hinweg in Geiselnhaft gehalten. Ebenso besorgniserregend ist es, daß Mitarbeiter der Vereinten Nationen auch weiterhin inhaftiert sind oder vermißt werden. Bedienstete, die angegriffen oder drangsaliert, verletzt, geschlagen oder vergewaltigt wurden, sind dabei in den Statistiken noch gar nicht erfaßt. Auch geben die Zahlen keinen Aufschluß über den Verlust, das Trauma und die emotionale Belastung, die die Familienangehörigen erleiden. Es müssen angemessene Mittel aufgebracht werden, um zu gewährleisten, daß die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen für das Personal der Vereinten Nationen getroffen werden können.

* * *

159. Die von den Gründern der Vereinten Nationen so klar erkannte Macht der Information hat in den letzten Jahren aufgrund rascher Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie einen höheren Stellenwert erlangt. Ob auf spitzentechnologischem Weg übermittelt oder nicht – Informationen sind eine dynamische Kraft, die Bildung und Ausbildung, die Verständigung zwischen den Kulturen sowie Freiheit, Demokratisierung und die umfassendere Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, fördert. Ihre großartigen Möglichkeiten müssen durch und für die Vereinten Nationen genutzt werden.

160. Schon früh habe ich die Neuausrichtung der Presse- und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen als eine der vordringlicheren Notwendigkeiten des Reformprozesses bezeichnet. Eine Arbeitsgruppe, der prominente Kommunikationsfachverständige angehören, wurde einberufen, um die Aufgabenstellungen, die internen Regelungen und die Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information unter allen Aspekten zu prüfen. In ihrem Bericht mit dem Titel "Global Vision, Local Voice" unterbreitete die Arbeitsgruppe weitreichende Vorschläge und Empfehlungen, die auf eine grundlegende Neugestaltung der Kommunikationsstrategie und -praxis der Vereinten Nationen gerichtet sind. Ich bin aufgrund der Empfehlungen der Arbeitsgruppe tätig geworden, und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen finden zur Zeit statt.

161. In der Zwischenzeit hat sich die Hauptabteilung dem neuen Kommunikationsumfeld weiter angepaßt. Beträchtliches Gewicht wurde dabei auf das Internet gelegt. Die Web-Seite der Vereinten Nationen verzeichnet inzwischen 700.000-800.000 Abrufe pro Woche, und das auf dem Internet verfügbare Material wird laufend erweitert. Im Oktober 1996 richtete die

Hauptabteilung den virtuellen Schulbus ein, ein interaktives Online-Bildungsprogramm, das im Durchschnitt 250.000 Abrufe pro Woche verzeichnet und ein Beispiel ist für unsere Bemühungen, die Jugend in den Mittelpunkt zu stellen und mit Lehrern, Bildungseinrichtungen und Lehrerverbänden zusammenzuarbeiten. Die Leitseite der Dag-Hammarskjöld-Bibliothek wurde ebenfalls erweitert, ein weiterer Schritt im Zuge unserer Bemühungen, sie zu einer "Bibliothek ohne Wände" zu machen. Ähnliche Maßnahmen wurden in Genf getroffen.

162. Die Tatsache, daß die Hauptabteilung sich das Internet so bereitwillig zunutze macht, hat sich für die Organisation bereits auf vielfache und quantifizierbare Weise ausgezahlt. Durch die Bereitstellung des Katalogs der VN-Veröffentlichungen auf dem Internet hat sich der Absatz erhöht. Die gedruckten Auflagen wurden reduziert, wodurch Papier gespart wurde und geringere Raumanforderungen im Verteilungsprozeß anfallen. Die von der Hauptabteilung herausgegebenen Pressemitteilungen, die einzigen sofort verfaßten Berichte über den Verlauf der zwischenstaatlichen Tagungen, die am Amtssitz und an den VN-Büros in Genf und Wien stattfinden, werden augenblicklich auf dem Internet bereitgestellt, erreichen einen riesigen neuen Interessentenkreis und ermöglichen eine 25prozentige Reduzierung der gedruckten Auflagen. Die ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York und Genf, die inzwischen ebenfalls alle über Online-Anschlüsse verfügen, haben ebenfalls Einsparungen bei den Telekommunikationskosten erzielt, da viele von ihnen ihren Außenministerien wichtige Dokumente nicht mehr per Post oder per Fax übermitteln müssen.

163. Zugleich ist sich die Hauptabteilung jedoch bewußt, daß die Menschen nicht überall in der Welt Zugang zu Informationstechnologie haben, und demzufolge bedient sie sich auch weiterhin traditioneller Medien – d.h. der Presse, des Hörfunks und des Fernsehens. Der VN-Hörfunk ist beispielsweise dabei, wie im mittelfristigen Plan vorgesehen, eine internationale Sendekapazität aufzubauen. Des weiteren hat die Hauptabteilung über das Weltfernsehforum der Vereinten Nationen ihre Partnerschaften mit wichtigen Führungskräften des Fernsehens ausgebaut.

164. Maßnahmen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Friedenssicherung, der Friedensschaffung und der humanitären Hilfe stellen besondere Herausforderungen für die Öffentlichkeitsarbeit dar. Mehrere "konzentrische" Interessentenkreise müssen erreicht werden, wenn die Anstrengungen der Vereinten Nationen Bestand haben sollen: die Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten, die internationalen Medien und ein breiter, die ganze Welt umfassender Interessentenkreis, dessen Unterstützung unverzichtbar ist. Im vergangenen Jahr haben intensivere Konsultationen mit den zuständigen Hauptabteilungen (Humanitäre Angelegenheiten, Politische Angelegenheiten und Friedenssicherungseinsätze) stattgefunden, und zur Zeit werden Standardrichtlinien und ein Handbuch für Informationsdienste im Feld fertiggestellt. Da im Hinblick auf Feldeinsätze rechtzeitige Informationen besonders wichtig sind, verbreitet die Hauptabteilung diese heute hauptsächlich in elektronischer statt in gedruckter Form.

165. Zu den sachlichen Prioritäten des vergangenen Jahres gehörten die Halbzeitüberprüfung der Neuen Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren, die Sondertagung der Generalversammlung zur Überprüfung der Umsetzung der Agenda 21 – "Rio + 5" – und die Planung für den bevorstehenden fünfzigsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie die Sondertagung der Generalversammlung über Drogen.

166. Das Netz der Informationszentren und -dienste der Vereinten Nationen spielt bei allen diesen Aktivitäten eine entscheidende Rolle, da es die örtlichen nichtstaatlichen Organisationen und andere Partner der Vereinten Nationen für die Themen und Fragestellungen der Vereinten Nationen engagiert. Die von der Generalversammlung gebilligte Eingliederung der VN-Informationszentren in die Feldbüros wird nach Prüfung des jeweiligen Einzelfalls und in Absprache mit dem Gastland fortgeführt. In den Industrieländern werden die VN-Informationszentren ihre Zusammenarbeit mit anderen Teilen des VN-Systems und einzelstaatlichen Gruppen weiter verstärken, wobei ihre Bemühungen unter anderem darauf gerichtet sind, einzelstaatliche Ressourcen zur Unterstützung der Vereinten Nationen zu mobilisieren.

III

Der künftige Weg

167. Dies ist meine erste Gelegenheit, den Mitgliedstaaten über die Tätigkeit der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten. Obschon ich seit über 30 Jahren im Dienst der Vereinten Nationen stehe, war es bisher noch nie meine Aufgabe, ihre Funktionsweise und Wirksamkeit insgesamt einer sorgfältigen Beurteilung zu unterziehen. Nachdem ich dies nun getan habe, muß ich feststellen, daß ich alles in allem vorsichtig optimistisch bin.

168. Wie aus dem bisher Gesagten hervorgeht, haben die Vereinten Nationen in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt, wenn es darum ging, sich den weitreichenden Veränderungen anzupassen, die sich in ihrem Umfeld vollzogen haben. Kein Tätigkeitsbereich war davon ausgenommen. So wurden im Rahmen der in der Charta verkündeten Grundsätze und Aufträge völlig neue Programmbereiche und Arbeitsmethoden eingeführt, während andere entsprechend den sich wandelnden Anforderungen der internationalen Gemeinschaft neu festgelegt wurden. Auch den Führungskräften der Organisation, deren Handlungsspielraum durch zahlreiche Sachzwänge eingeengt ist, gebührt, abgesehen von gelegentlichen Ausnahmen, Lob für ihren Einfallsreichtum und ihre Improvisationsfähigkeit, während uns gleichzeitig der engagierte Einsatz der Bediensteten der Organisation mit Stolz erfüllt.

169. Viel bleibt jedoch noch zu tun. In Kapitel II dieses Berichts habe ich einige Maßnahmen aufgezeigt, die in verschiedenen Sachprogrammbereichen und bei den Unterstützungsstrukturen wünschenswert und notwendig wären. An dieser Stelle möchte ich auf einige entscheidende, bereichsübergreifende Fragen hinweisen, die Einfluß auf die künftige Leistungsfähigkeit der Organisation haben.

170. Die Vereinten Nationen befinden sich in einer beispiellos prekären, die Organisation auszehrenden Finanzlage. Zu viele Jahre schon mußten wir beim Friedenssicherungshaushalt "Anleihen" machen, um Fehlbeträge im ordentlichen Haushalt zu decken, die durch die Nichtzahlung von Beiträgen durch einige Mitgliedstaaten verursacht wurden. Das heißt, daß wir Mitgliedstaaten, die in gutem Glauben aufgrund von Resolutionen des Sicherheitsrats Truppen und Material zur Verfügung stellten, ihre Kosten nicht erstattet haben. Inzwischen ist auch diese Kreditquelle fast erschöpft. Ich hege die zuversichtliche Hoffnung, daß wir dieses Problem bald hinter uns bringen werden und daß in Zukunft alle Mitgliedstaaten ihren rechtlichen Verpflichtungen der Organisation und einander gegenüber nachkommen und ihre Beiträge vollständig und rechtzeitig entrichten werden.

171. Abgesehen von den durch die Beitragsrückstände verursachten finanziellen Problemen gibt es, wie ich eingangs festgestellt habe, langfristige Verschiebungen auf nationaler wie

auch internationaler Ebene, die darauf hindeuten, daß auf die zwischenstaatlichen Organisationen und ihre Tätigkeit grundlegende Veränderungen zukommen. Verglichen mit der Größenordnung der Aufgaben, mit denen sie konfrontiert sind, und den Kapazitäten anderer Akteure, insbesondere des Privatsektors, stehen diesen Organisationen, und das heißt auch den Vereinten Nationen, immer weniger Ressourcen zur Verfügung. Was noch mehr ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß der Begriff der "Zwischenstaatlichkeit" im hergebrachten Sinn durch die sich heute in der ganzen Welt vollziehende Neubestimmung der Rolle der Staaten und der Mittel der Staatsführung eine inhaltliche Änderung erfährt.

172. In diesem veränderten Kontext genügt es nicht mehr, daß die Organisation wie in der Vergangenheit bloß schrittweise Anpassungen vornimmt. Wenn die Vereinten Nationen im neuen Jahrhundert erfolgreich sein sollen, müssen sie ihren wichtigsten Trumpf ausspielen: die Komplementaritäten und Synergien, die in der Organisation selbst vorhanden sind. Mit anderen Worten, die Vereinten Nationen müssen sich einer grundlegenden und nicht bloß bruchstückhaften Reform unterziehen. Drei Schritte sind dazu unumgänglich, die miteinander in Zusammenhang stehen. Jeder dieser Schritte erfordert die Unterstützung der Mitgliedstaaten.

173. Erstens müssen die geeigneten Sekretariatsstrukturen geschaffen werden, die es der Organisation ermöglichen, in ihren verschiedenen Tätigkeitsbereichen und bereichsübergreifend einheitlich aufzutreten. Einheitlich bedeutet jedoch nicht im Gleichschritt oder unter Verleugnung der besonderen Merkmale der einzelnen Bestandteile. Sehr wohl ist es jedoch notwendig, daß die Organisation in der Lage ist, ihre einzelnen Organisationseinheiten strategisch einzusetzen, ohne daß es zwischen ihnen zu Überschneidungen oder Doppelarbeit oder gar zu Konkurrenz kommt. Viele meiner Reformvorschläge sind darauf angelegt, dieses Ziel zu erreichen: die Schaffung der Position eines Stellvertretenden Generalsekretärs, die Hochrangige Managementgruppe, die Strategische Planungseinheit, die vier sektoralen Exekutivausschüsse und die VN-Gruppe für Entwicklung, um nur die wichtigsten zu nennen.

174. Der zweite wichtige Schritt ist eine neue Austarierung des Aufgabengleichgewichts zwischen den beschlußfassenden Organen der Organisation und dem Generalsekretär. Aus Gründen, die weitgehend mit der im Kalten Krieg praktizierten Blockpolitik zu tun haben, ist ein Großteil der starren Strukturen, unter denen die Organisation leidet, im Grunde satzungsgemäß vorgeschrieben. Die Mitgliedstaaten verlangen natürlich Rechenschaftspflicht, und das zu Recht; das Sekretariat muß aber auch über die erforderliche Flexibilität verfügen, damit es seine Arbeit so kostenwirksam wie möglich erledigen kann. Mit dem derzeitigen Zustand ist keiner Seite wirklich gedient.

Mehrere meiner Reformvorschläge zielen darauf ab, dieses Problem zu beheben, namentlich die Empfehlungen zur Straffung der Tagesordnung und der Beratungen der Generalversammlung, hinsichtlich des automatischen Auslaufens neuer Mandate nach einer bestimmten Frist und, was am wichtigsten ist, die Empfehlung zur Schaffung eines ergebnisorientierten Haushaltssystems.

175. Auch im besten aller Systeme kommt es letzten Endes auf die Menschen an. Die Mitarbeiter der Vereinten Nationen sind eine wertvolle Ressource, die in gewissem Grad vergeudet wird, da die bestehenden Verwaltungsvorschriften sie bei der wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben eher behindern anstatt sie ihnen zu erleichtern. Was die Organisation benötigt, ist ein funktionierendes Laufbahnförderungssystem, sinnvolle Leistungskriterien und -bewertungen in Verbindung mit echten positiven und negativen Anreizen sowie eine Organisationskultur, die diejenigen, die den Vereinten Nationen dienen, inspiriert und eint. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit den

Mitgliedstaaten Personalpolitiken auszuarbeiten, die zur Schaffung dieser Voraussetzungen beitragen.

176. An der Schwelle des neuen Jahrhunderts ist die internationale Gemeinschaft von der Verwirklichung der Hoffnungen und der Einlösung der Versprechen der Charta der Vereinten Nationen noch ein ganzes Stück entfernt. Gemessen am Zustand der Welt vor einem Jahrhundert können wir jedoch nur beeindruckt davon sein, wie weit wir es gebracht haben. In der Tat ist einer der wichtigsten Unterschiede zwischen dem damaligen *Fin de siècle* und der jetzigen Jahrhundertwende gerade der Umstand, daß es heutzutage internationale Organisationen gibt, die die Welt mahnen und es ihr ermöglichen, es besser zu machen. Aus diesem Grund ist es unsere feierliche und historische Pflicht, die Vereinten Nationen zum wirksamsten aller möglichen Instrumente für die Herbeiführung von Frieden und Fortschritt zu machen – für unsere Kinder und für unsere Kindeskinde.

كيفية الحصول على منشورات الأمم المتحدة

يمكن الحصول على منشورات الأمم المتحدة من المكتبات ودور التوزيع في جميع أنحاء العالم . استعلم عنها من المكتبة التي تتعامل معها أو اكتب إلى : الأمم المتحدة ، قسم البيع في نيويورك أو في جنيف .

如何购取联合国出版物

联合国出版物在全世界各地的书店和经售处均有发售。请向书店询问或写信到纽约或日内瓦的联合国销售组。

HOW TO OBTAIN UNITED NATIONS PUBLICATIONS

United Nations publications may be obtained from bookstores and distributors throughout the world. Consult your bookstore or write to: United Nations, Sales Section, New York or Geneva.

COMMENT SE PROCURER LES PUBLICATIONS DES NATIONS UNIES

Les publications des Nations Unies sont en vente dans les librairies et les agences dépositaires du monde entier. Informez-vous auprès de votre libraire ou adressez-vous à : Nations Unies, Section des ventes, New York ou Genève.

КАК ПОЛУЧИТЬ ИЗДАНИЯ ОРГАНИЗАЦИИ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Издавания Организации Объединенных Наций можно купить в книжных магазинах и агентствах во всех районах мира. Наводите справки об изданиях в вашем книжном магазине или пишите по адресу: Организация Объединенных Наций, Секция по продаже изданий, Нью-Йорк или Женева.

COMO CONSEGUIR PUBLICACIONES DE LAS NACIONES UNIDAS

Las publicaciones de las Naciones Unidas están en venta en librerías y casas distribuidoras en todas partes del mundo. Consulte a su librero o diríjase a: Naciones Unidas, Sección de Ventas, Nueva York o Ginebra.

BESTELLUNG VON VERÖFFENTLICHUNGEN DER VEREINTEN NATIONEN

Veröffentlichungen der Vereinten Nationen sind im Buchhandel auf der ganzen Welt erhältlich. Bitte wenden Sie sich an ihren Buchhändler oder an die Vertriebsstelle (Sales Section) der Vereinten Nationen in Genf oder New York.
